Die „Theorie der drei Welten" ist Opium für die Völker

Auszüge aus einer Rede des Genossen Ramiz Alia

Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 23. Juni 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Straßenkämpfe und Barrikaden in Frankfurt

5.000 im Kampf gegen Faschistenaufmarsch

Frankfurt, 17. Juni. Über 3.000 Faschisten aus allen Teilen Westdeutschlands rotten sich an diesem Tag in der Stadt zusammen: „Deutschlandtreffen" der NPD. „Frankfurt wird an diesem Tag in unserer Hand sein", so hatten sie vorher geprahlt. Aber die Neonazis sollten sich gründlich verrechnet haben. Auf sie wartete ein heißer Empfang, und am Ende mußten sie geschlagen abziehen.

Schon die Nachricht hatte viele empört. „Deutschlandtreffen der NPD? Das muß verhindert werden!" Schließlich waren es über 5.000 Antifaschisten, Revolutionäre und fortschrittliche Menschen, die sich dem braunen Aufmarsch entgegenstellten. Genossen der Partei und der Roten Garde beteiligten sich mit einem eigenen Block an der Demonstration. Die „Front gegen Reaktion und Faschismus" hatte in einem Flugblatt zur Teilnahme aufgerufen. Aber es waren nicht nur die Faschisten, mit denen es die Demonstranten zu tun hatten. Frankfurt glich an diesem Tag einem Heerlager. Die hessische Landesregierung hatte alle verfügbaren Polizeieinheiten zusammengezogen, um die Faschisten zu schützen. Die Innenstadt, vor allem der Römerberg, wo die Abschlußkundgebung der NPD stattfinden sollte, war abgeriegelt: die Polizei in Kampfausrüstung, schwer bewaffnet.

Den Faschisten gelang es noch, einen Demonstrationszug zu formieren. Trotz der Polizeiabsperrungen besetzten die Antifaschisten jedoch den Römerberg. Die Polizei ging sofort brutal gegen die Demonstranten vor: Knüppel, Wasserwerfer und Tränengas wurden eingesetzt.

Aber die Antifaschisten setzten sich zur Wehr. Bauwagen wurden umgekippt, Bauzäune niedergerissen, Barrikaden gebaut. Die Demonstranten bewaffneten sich mit Stöcken. Auf dem Römerberg und an der Hauptwache kam es zu erbitterten Straßenkämpfen.

Nach ersten Berichten wurden dabei über 60 Demonstranten verletzt. Aber auch die Polizei und die faschistische Schlägertruppe, die gemeinsam mit der Polizei auftrat, kam nicht ungeschoren davon. Einige von ihnen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Schließlich kam die Nachricht: die Kundgebung der Faschisten findet nicht statt. Ein Erfolg des militanten, des entschlossenen Kampfes der 5.000 Antifaschisten.

Zum Tode von Helmut Schlaudraff

Herolds Leibwächter knallte ihn nieder

Am Abend des 13. April 1977. Es ist der Tag, an dem Buback beerdigt wird. Die Bonner Politiker hetzen am Grab gegen die „Sympathisanten des Terrors". An diesem Abend fährt der Schafzüchter Helmut Schlaudraff mit seinem Lehrling und einer Bekannten zu seiner Schafskoppel in Engenhahn. Er holt drei Schafe ab, sie mußten notgeschlachtet werden. Was Schlaudraff nicht weiß, er wird von Polizisten beobachtet. Als er wegfährt und durch den Niederhausener Ortsteil Oberseelbach kommt, überholt ihn ein Zivilwagen und stoppt ihn. Ein mit einer Maschinenpistole bewaffneter Polizist reißt die Fahrertür auf. Ohne eine Vorwarnung zu geben, feuert er los. Helmut Schlaudraff wird an der Halsschlagader getroffen. Er ist sofort tot.

14 Monate nach der Tat wird gegen den Polizisten, der den Schafzüchter mit der Maschinenpistole niederstreckte, ein Prozeß in Wiesbaden angesetzt. Die Anklage gegen den Polizisten lautet auf „fahrlässige Tötung". Nicht etwa Mord oder Totschlag. Ein „Unglücksfall"! „Opfer tragischer Umstände", „Polizist erschoß Schafhalter aus Versehen"! Diese Schlagzeilen versuchten schon wenige Tage nach dem Todesschuß die wahren Hintergründe zu vertuschen. Im Prozeß kam es jetzt ans Tageslicht. **Der Schafzüchter wurde durch einen Leibwächter des Chefs des Bundeskriminalamtes, Herold, kaltblütig, niedergeschossen!**

Fortsetzung auf Seite 7

Lissabon/Portugal

Junger Kommunist von der Polizei ermordet



Massendemonstration gegen den Mord an Jose Morais. Er starb am 10. Juni bei einer antifaschistischen Protestkundgebung im Kugelhagel der Polizei. (Bericht Seite 11.)



Um die Faschisten zu schützen und ihnen doch noch ihre Kundgebung zu ermöglichen, ging die Polizei brutal gegen die Antifaschisten vor. Über 60 Demonstranten wurden dabei verletzt.



Um sich gegen die Polizei zur Wehr zu setzen, bauten die Demonstranten Barrikaden aus Absperrgittern, Bauzäunen und Bauwagen. Der Terror der Polizei wurde nicht kampflos hingenommen.



Trotz des großen Polizeiaufgebots gelang es den antifaschistischen Demonstranten, den Römerberg zu besetzen und die Faschistenkundgebung zu verhindern. Unser Bild zeigt, wie die schwerbewaffneten Polizeieinheiten mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vorgehen.

Krankenkassen machen Millionengewinne

Bald ein Jahr ist das „Kostendämpfungs-Gesetz" in Kraft, das planmäßig Raubbau an unserer Gesundheit treibt. Keine Vorsorgeuntersuchungen auf Kosten der Krankenkasse mehr! Für jedes Medikament auf dem Rezept eine Mark! Die Rentner müssen zahlen! Ebenso Ehefrauen, die mitverdienen! Dieses Gesetz, daß die Gesundheitversorgung verschlechtert und die Kranken noch mehr ausplündert, haben die Herren in Bonn und die Vertreter der Krankenkassen mit einer „Kostenexplosion" im Gesundheitswesen begründet.

Ein Jahr später zeigen sich die wahren Verhältnisse: eine „Gewinnexplosion" bei den Krankenkassen. Eine „selbst von Optimisten nicht vorausgesehene Entwicklung" vertuschte der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Farthmann die Milliardengewinne. Dabei hatten die Ortskrankenkassen schon 1976 einen Überschuß von 1,5 Milliarden Mark in der Kasse. Konkrete Zahlen werden dieses Jahr erst gar nicht genannt. Allerdings gibt die Bilanz der Privaten Krankenkassen ein anschauliches Bild. Beitragseinnahmen im Jahr 1977: 7,7 Milliarden Mark, Ausgaben: 5,5 Milliarden Mark. 30 Prozent Gewinn!

Werden jetzt etwa die Beiträge gesenkt? Keineswegs. Von den 281 AOK-Kassen haben im letzten Jahr mehr Kassen die Beiträge erhöht als gesenkt. „Die Sozialversicherungen müssen wieder zu Kapitalgebern werden." Dies hat Schmidt 1976 in seiner Regierungserklärung bestimmt. Und das ist das Ziel der kapitalistischen Gesundheitspolitik: die Überschüsse aus den Krankenkassen sollen als billige Kredite für die Kapitalisten und ihren Staat dienen. Auf Kosten unserer Gesundheit. Herausgepreßt aus den Beiträgen der Werktätigen.

„Keine Gefahr"

In diesen Tagen ist der Verfassungsschutzbericht für Nordrhein-Westfalen vorgelegt worden. In der Tat ein interessantes Dokument. Wie nicht anders zu erwarten war, nimmt die Hetze gegen den „Linksextremismus" den meisten Raum im Bericht ein. Ganz anders sieht die Sache dagegen aus, wenn die Rede auf die Faschisten kommt. Mit offensichtlichem Wohlwollen wird den Neonazis bescheinigt, daß sie „keine Gefahr" darstellen. Und lediglich ganze 17 (!) neonazistische Gruppen will der Verfassungsschutz in NRW ausgemacht haben.

Sollte den professionellen Spitzeln etwa das immer frechere Auftreten der Jungnazis in Dortmund, Bochum, Wattenscheid und den anderen Städten entgangen sein? Sollten sie etwa nicht wissen, daß sich diese Gruppen bis an die Zähne bewaffnen und regelrechte Waffenlager angelegt haben? Sollten sie etwa — um nur ein Beispiel zu nennen — nichts von dem Naziausbildungslager in Kamen gehört haben, das in den letzten beiden Jahren rund 600 Faschisten durchlaufen, wo sie ideologisch und militärisch auf ihre terroristischen Aktionen vorbereitet wurden? Wer's glaubt, wird selig. Die Verharmlosung der alten und neuen Faschisten paßt nur allzugut ins Bild der Bonner Politik, die die Neonazis fördert und unterstützt, wo sie nur kann.

Letzte Meldung aus Bonn: Gefragt, warum die HIAG, der Verband der Mitglieder von Hitlers Waffen-SS nicht im Verfassungsschutzbericht auftauche, antwortet der neue Innenminister Baum: „Es liegen keine Erkenntnisse über positive Äußerungen zu den Werten des 3. Reiches vor." Eine wahrhaft offenherzige Verteidigung der Mörderbanden Hitlers.

Ein ehrenwerter Mann

Der ehemalige hessische Ministerpräsident Osswald bleibt ein ehrenwerter Mann — jedenfalls in den Augen der Justiz. Nach 18 Monaten, in denen die Staatsanwälte Hentschel und Scheu „mit besonderer Sorgfalt und Umsicht", wie es in einer offiziellen Verlautbarung heißt, ihre Ermittlungen durchgeführt haben, wurde das Verfahren gegen Osswald eingestellt.

Ja, so kann man sich täuschen. Da haben wir gedacht: Nichts ist einfacher, als Osswald auf die Anklagebank zu bringen. Oder hatte er sich etwa nicht als Verwaltungsratsvorsitzenden der Hessischen Landesbank sozusagen etwas außerhalb der Legalität Vorzugskredite zugeschanzt? Und die Kredite für die Baukomplexe Schwabylon in München und Sonnenring in Frankfurt, die der Helaba 260 Millionen Mark Verlust einbrachten, waren ihre Empfänger nicht gute Freunde des hessischen Regierungschefs? Kannte er deren windiges Finazgebaren, das bereits die Spatzen von den Dächern pfiffen, etwa nicht?

Aber wir sind ja auch nur einfache Menschen und können die Motive des Finanzgebaren eines Osswald wohl nicht so richtig verstehen. Ein Gebaren, das bei den Politikern in Bonn und anderswo offenbar gang und gäbe ist. Denken wir an die Fibag-Affäre, an Lockheed, an Wienand und Steiner.

Bundesbahnsanierung

100.000 Arbeitsplätze in Gefahr

Alltag in Bonn: Das Bundeskabinett beschließt neue volksfeindliche Maßnahmen, um den Werktätigen die Lasçen der Krise aufzuhalsen. Geplant ist ein drastischer Angriff auf die Arbeiter und Angestellten der Bundesbahn. Geplant ist auch die Teuerung der Fahrpreise und eine weitere, einschneidende Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse vor allem in den ländlichen Gebieten.

Hauptpunkt des vom Kabinett beschlossenen Plans „zur Sanierung der Bahn" ist die rechtliche und organisatorische Trennung des Personen- und Güterverkehrs auf der einen Seite und der Unterhaltung und des Ausbaus des Streckennetzes auf der anderen Seite. Eine solche Trennung hätte weitreichende Konsequenzen. Das Streckennetz soll danach künftig in den direkten Besitz des Bundes übergehen. Die Kosten für seinen Unterhalt und seine Modernisierung würden also aus den Steuergroschen der Werktätigen bezahlt.



Gegen die Stillegung von Tausenden Kilometern Bundesbahnstrecken und vieler Bahnstationen wehrt sich die Bevölkerung. Hier eine Demonstration in Kassel gegen die Schließung der Bahnstation Gertenbach.

Der Personen- und Güterverkehr würden dagegen privatisiert, um, wie es offenherzig heißt, nach „rein kommerziellen Gesichtspunkten" operieren zu können. Es liegt auf der Hand, daß die privaten Gesellschaften zuerst einmal die Fahrpreise drastisch nach oben schrauben werden. Aber damit nicht genug. Die weitgehende Privatisierung der Bundesbahn bedeutet auch die Gefährdung Tausender von Arbeitsplätzen. Nicht umsonst sehen die Pläne der Bundesregierung auch die Aufhebung des Öffentlichen Dienstrechts für die Bahn vor. Abschaffung bzw. Einschränkung des Kündigungsschutzes der Eisenbahner wäre die Folge, Massenentlassungen wäre Tür und Tor geöffnet. **Hunderttausend Kolleginnen und Kollegen stehen schon jetzt auf der Abschußliste. Ihre Arbeitsplätze sollen bis 1985 wegrationalisiert werden.** Geplant ist außerdem die Stillegung von insgesamt 6.000 Streckenkilometern Schienennetz, wovon vor allem der Personennahverkehr betroffen wäre.

So sieht also die Politik der Bundesregierung, die sich angeblich so große Sorgen um die Arbeitslosigkeit macht, in Wirklichkeit aus. Grüne Welle für den Profit, heißt ihre Devise — auf Kosten der Arbeiter und Angestellten der Bundesbahn, auf Kosten der Werktätigen, die auf die Bahn angewiesen sind.

Rekordprofit

Rekordprofite hat die Post in diesem Jahr zu verzeichnen, insgesamt fast zwei Milliarden Mark. Das ist allerdings auch kein Wunder. Wurde doch in den letzten Jahren das Briefporto ebenso erhöht wie die Telefongebühren, von denen selbst Minister Gscheidle zugeben mußte, sie seien „leicht überzogen" gewesen.

Wer nun allerdings auf bessere Zeiten, auf eine Senkung der Porto- und Telefongebühren hofft, da ja die Post nach dem „Gemeinnützigkeitsprinzip" arbeitet, also eigentlich gar keine Gewinne machen dürfte, der hat sich getäuscht.

Die „gerechtere Gebührenpolitik", die Gscheidle jetzt angekündigt hat, besteht in einer — Erhöhung des Briefportos. Der Anfang ist mit der Erhöhung der Gebühren für den Postzeitungsdienst bereits gemacht.

Kurz berichtet

Bochum

Einen Leckerbissen für alle Freunde der revolutionären Kunst und Kultur gab es am 17. Juni in Wattenscheid. Der Bochumer Agitprop-Trupp „Die Pfeffermühle" hatte eingeladen. Vor rund 70 Besuchern stellten die Genossen ihre gesamtes Programm vor. Anschließend luden sie zur Diskussion über das Dargebotene ein, um die Stücke und Lieder noch besser zu machen und um neue Anregungen und Ideen zu sammeln.

Dortmund

Am 1. Juli sollen in Dortmund wieder einmal die Fahrpreise für Busse und Straßenbahnen erhöht werden. Eine Fahrt aus den Vororten in die Stadt und zurück kann dann bis zu 4,60 DM pro Person kosten, eine Verteuerung um 100 bis 110 Prozent seit 1971. Um die Werktätigen zum Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen zu mobilisieren, haben Dortmunder Genossen in mehreren Vororten und in der Innenstadt Flugblätter verteilt (siehe Faksimile), in denen u. a. gefordert wird: Weg mit den Fahrpreiserhöhungen! Häufigere Busverbindungen, auch samstags und sonntags!


Busse & Bahnen Grüne Welle für Profit

Wollen Sie für eine Fahrt in die Stadt (und zurück)

DM 4,60 bezahlen?

— oder für eine Fahrt mit 2 Kindern DM 7,00!?

Am 1. Juli sollen die Fahrpreise wieder erhöht werden

Hamburg

Die erste Ausgabe der Jugendzeitung der Roten Garde für die Werft Blohm und Voss ist erschienen. Ihr Name: „Schlag zu!" In ihrer ersten Nummer berichtet „Schlag zu!" über den erfolgreichen Kampf einiger Lehrlinge um eine Schmutzgeldzulage und ruft die Lehrlinge zum Kampf gegen ihre Beschäftigung mit Hilfsarbeiten während der Ausbildungszeit auf — eine Praxis, die auch bei „Blohm und Voss" gang und gäbe ist. Außerdem wird Meister Michel, „ein Lehrlingsschreck", vorgestellt. Im Leitartikel stellen die Genossen die Rote Garde vor.


JUGENDZEITUNG DER ROTEN GARDE FÜR BLOHM+VOSS

SCHLAG ZU

KÄMPFT MIT DER ROTEN GARDE !

Bremen

In Bremen findet jedes Jahr eine große Haus- und Familienausstellung, die „hafa", statt, die von vielen Menschen, auch aus der Umgebung Bremens, besucht wird. Die Genossen der Partei in Bremen nutzten die Gelegenheit und legten kleine Flugzettel aus. Ein Teil der Flugzettel wurde auch hinter die Scheibenwischer parkender Autos gesteckt. Auch die „Front gegen Reaktion und Faschismus" hat sich mit einem Flugblatt an die Besucher gewandt, um sie über den Antifaschistenprozeß zu informieren.

Offen gesagt ...

Wahlverwandschaften

Bekanntlich gehört Franz Josef Strauß, Chef der CSU und Erzreaktionär aus Bayern, in unserem Land zu den glühendsten Verteidigern des Faschismus in Chile, Südafrika, Argentinien und anderswo. Das hat er in diesen Tagen wieder einmal demonstriert.

Den Anlaß dazu bot ein Artikel des neonazistischen „Deutschlandmagazins", dessen Herausgeber Kurt Ziesel im übrigen ein alter Bekannter von Strauß ist. Darin verkündet Ziesel, die chilenische Militärjunta „hat lediglich Verbrecher, Plünderer, Mörder und zum Umsturz aufrufende Linksextremisten verhaftet und damit die Gefahr eines langandauernden Bürgerkrieges beseitigt." Die unverschämte, offen faschistische Hetze, diese Rechtfertigung eines brutalen Regimes von Mördern hat Strauß offenbar so gut gefallen, daß er sofort einen Leserbrief an Ziesel abgeschickt hat.

„Mit besonderer Freude", heißt es da, „habe ich aus Ihrer Titelgeschichte über Chile entnommen, daß es doch noch Presseorgane in der Bundesrepublik gibt, die um eine objektive Berichterstattung zu den Verhältnissen in diesem Land bemüht sind."

Die wirklichen Verhältnisse in Chile sind allerdings der ganzen Welt bekannt: Grenzenlose Armut, hungernde Menschen, eine absolute Willkürherrschaft einer Clique terroristischer, landesverräterischer Generäle, die Tausende ermordet hat und Zehntausende in KZs gefangen hält.

Das ist das wahre Gesicht der Wahlverwandschaften von Franz Josef Strauß. Offensichtlich hätte Strauß gerne chilenische Verhältnisse auch in der Bundesrepublik. Er unterscheidet sich da im übrigen nicht von denen, die in Bonn zur Zeit regieren und die dabei sind, die Rechte und Freiheiten der Werktätigen Zug um Zug abzuschaffen. Was ihn allerdings von den Schmidt und Genscher unterscheidet, die sich manchmal in antifaschistischer Demagogie gefallen, während sie den Pinochet und Co. die Millionenkredite in die Tasche stecken, ist seine offene Vorliebe für den Faschismus.

Aus dem Inhalt

Erfurter Jugend: Mutiger Kampf gegen Vopo-Terror 3
DDR: Weg mit dem militaristischen „Wehrunterricht"! 3
GEW-Chef Frister und die Berufsverbote 4
GEW: Ungewolltes Eingeständnis — Beiträge veruntreut 4
Gespräch Vetter — Esser: Harmonie zwischen Arbeiterfeinden . . 5
Vom Hörsaal in den Gerichtssaal: Studentenstreiks vor Gericht 6
Währungsreform 6
Zum Tode von Helmut Schlaudraff . 7
Volkskorrespondenzen 8
Ramiz Alia: Die „Theorie der drei Welten" — Opium für die Völker . 9
„Peking Rundschau" über Jugoslawien: Lob für die Folterknechte 10
Zaire-Konferenz: Bonn als Kolonialherr in der Schatzkammer Afrikas 10
Kämpfe bei Renault in Frankreich . 11
Thailands Patrioten: Erfolgreicher Kampf gegen reaktionäre Armee . 10

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00-463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Erfurter Jugend:

Mutiger Kampf gegen Vopo-Terror!

Erfurt, den 28. Mai. Das SED-Bezirksorgan „Das Volk" hält auf dem Gelände der Internationalen Gartenbauausstellung (IGA) sein 23. Pressefest ab. Wie Augenzeugen berichten, wurden Jugendliche, die sich auf dem Rasen vor dem IGA-Freizeitzentrum aufhalten, von Vopos auf unverschämte und herrische Weise von dort vertrieben. Eine Frau versucht, diese Vorfälle zu fotografieren. Sofort stürzen sich die Bullen auf sie, ein Polizeihund beißt sie in die Schulter. Voller Empörung über dieses faschistische Vorgehen schließen sich die Jugendlichen zusammen und gehen gegen die Vopos vor. Ein Hagel von Steinen und Flaschen ergießt sich über die Vopos, die Wut der Jugendlichen auf den verhaßten Polizeiapparat des sozialfaschistischen Honecker-Regimes ist grenzenlos.

Bis zu 700 Jugendliche stehen zeitweilig im Kampf gegen die Vopos, die mit Polizeihunden gegen die Menge vorgehen. Augenzeugen berichten von unglaublichem Terror. Jugendliche, die von Hunden gebissen worden sind, verbinden sich selbst, während die Vopos mit unglaublicher Brutalität auf alles dreinschlagen, was sich ihnen entgegenstellt. Menschen, die diesen Terror erleben müssen, liegen sich weinend in den Armen, wie Augenzeugen berichten.

Drei Tage später werden, nach der Art faschistischer „Schnelljustiz" sieben Jugendliche vor Gericht gezerrt, angeklagt „wegen gefährlicher Körperverletzung und schwerer Sachbeschädigung, wodurch die öffentliche Ordnung gestört wurde" („Das Volk"). Das Urteil: Freiheitsstrafen bis zu über drei Jahren sowie Geldstrafen und „Wiedergutmachung der angerichteten Schäden"! Der Honecker-Staat kennt keine Gnade, wenn es darum geht, daß die Herrschaft der sowjetischen Sozialimperialisten und ihrer Ostberliner Vasallen angetastet wird. Denn darum ging es in Erfurt. **Die Jugend ist eine revolutionäre Kraft, auch in der DDR. Ihr ganzer Haß gilt dem sozialfaschistischen Regime, das ihr nur Ausbeutung, Drill und verlogene Propaganda zu bieten hat. Schon lange gärt es unter den Jugendlichen, und es bedarf oftmals nur eines Funkens, um das Pulverfaß zum Explodieren zu bringen. So war es bei den Unruhen auf dem Alexanderplatz am 7. Oktober 1977, so war es jetzt in Erfurt. Der Kampf der DDR-Jugendlichen ist gegen die Grundlagen des sozialfaschistischen Polizeistaates gerichtet. Das wissen auch die Honecker und Co., und deshalb setzen sie alles daran, den revolutionären Willen der Jugend zu ersticken.**

Aber der brutale Terror ist nicht das einzige Mittel, mit dem die SED gegen die revolutionäre Jugend vorgeht. Sie weiß ganz genau, daß zur Peitsche auch das Zuckerbrot gehört, wenn sie die Jugend unter ihrer Fuchtel halten will. Die einstmals revolutionäre Erziehung der Jugend in der DDR ist durch die Revisionisten völlig zerstört worden und durch ein System der Karrieremacherei für Jungbonzen ersetzt worden. Nach westlichem Muster sind Jugendclubs eingerichtet worden, in denen der Alkoholismus und die bürgerliche Pop- und Rock-Kultur blühen. Auf dem Alex wird seit einigen Jahren ein schwunghafter Hasch-Handel betrieben. Die SED-Bonzen bedienen sich des ganzen Arsenals der imperialistischen Jugendverseuchung. Unsere Genossen der KPD/ML-Sektion DDR berichteten:

„In der ganzen Zeit seit Honeckers Machtantritt wurden noch stärker als zuvor die Schleusen für den westlichen kulturellen Schund und Schmutz geöffnet. So gibt es in Kinos und Fernsehen auch immer mehr Machwerke made in USA, in denen Brutalität, Menschenverachtung und Primitivität verherrlicht werden. In diesen Filmen wird hauptsächlich der Glanz und Glimmer der Fassade der kapitalistischen USA vorgeführt und auf diese Weise ein irreales, beschönigendes Bild vom US-Imperialismus vorgegaukelt... Manch einer wird denken: Wie reimt sich aber die Förderung und Verbreitung von westlichem Schund auf die verbale Anprangerung der US-Verbrechen gegen die Völker, wie man sie in revisionistischen Schullehrbüchern und Zeitungen noch findet?




Das hat der SED-Staat der Jugend heute zu bieten: „Gruppe Magdeburg", unüberhörbar, und die Pudhys.

Die SED-Revisionisten spielen, um ihre konterrevolutionären Ziele durchzusetzen, in gemeinster Weise ein doppeltes Spiel. Einerseits ist ihnen kein Mittel zu dreckig, um die geistige und moralische Entartung besonders unter der Jugend voranzutreiben. Mit dem Schund westlicher und eigener Produktion wollen die neuen Herren den Widerstand gerade der Jugend gegen ihr Unterdrückersystem ersticken, die Jugend gefügig und kriegsbereit machen. So werden in der „Nationalen Volksarmee" gerade in Situationen, wo Drill und Schikanen die Stimmung unter den Soldaten in ein Pulverfaß verwandelt haben, primitive, reißerische Filme gezeigt, um ein Ventil zu schaffen. Als die Moral der NVA-Truppen bei der Aggression gegen die CSSR 1968 immer mehr sank, wurden in Vietnamkriegsmanier westliche Pornofilme gezeigt, um sie bei Stimmung zu halten.

Aber bei all dem müssen die SED-Revisionisten den sozialistischen Schein wahren, müssen sie sich als „antiimperialistisch" geben, wenn sie die eigene Jugend . . . vor den Karren der sowjetischen Supermachtinteressen spannen und für ihre eigenen Ziele einsetzen wollen. Das sind die trüben Quellen der auf den ersten Blick antiimperialistischen Darstellungen in Zeitungen, Schullehrbüchern usw. Aus demselben Grund wurden auch kürzlich in einigen Schulen Ostberlins „prinzipielle" Vorträge darüber gehalten, daß es „eines Jugendlichen im Sozialismus unwürdig" sei, sich mit US-Symbolen zu schmücken, nachdem vorher jahrelang nichts gesagt wurde."

Zur Desorientierung der Jugendlichen hat die SED gerade in letzter Zeit die Reaktivierung der reaktionären Kirchen vorangetrieben. Den Pfaffen erlaubte man jetzt sogar, 40 auf dem Alex verhaftete „junge Christen" „freizuverhandeln". Natürlich werden sie jetzt alles daransetzen, die revoltierenden Jugendlichen in „fügsame Christen" umzuerziehen. Diese Maßnahme der SED zielt vor allem darauf ab, den Kirchen Kredit bei den Jugendlichen zu verschaffen.

Aber alle diese Waffen aus Honeckers Arsenal werden dem SED-Regime nichts nützen. Die jetzigen Unruhen werden in noch größere Kämpfe einmünden, für die es nur die Perspektive der sozialistischen Revolution gibt, in der die neue Bourgeoisie der DDR gestürzt, die sowjetischen Besatzertruppen verjagt und die Diktatur des Proletariats wiedererrichtet wird. In dieser Revolution wird die Jugend der DDR eine hervorragende Rolle spielen, an der Seite ihrer Partei, der KPD/ML-Sektion DDR!

Sehr bezeichnend ist die Berichterstattung der westlichen Presse über die Kämpfe in Erfurt. Vom „Spiegel" bis zur „Frankfurter Rundschau", sie alle wissen von „Tumulten" und „Krawallen" zu berichten. Ihr Vorwurf an das Honecker-Regime ist nicht, daß es die Jugend und ihren revolutionären Kampf unterdrückt, sondern, daß es mit der rebellischen Jugend nicht besser fertig wird. Da hat man im Westen schon größere Erfahrung, wie man das Rückgrat der Jugend brechen kann. Ganz offen schreibt die „Westdeutsche Allgemeine" (WAZ), daß solcherart Unruhen doch eine ganz normale Erscheinung seien, die man auch im Westen kenne und man solle nicht soviel Aufhebens davon machen. Diese Worte entlarven, daß sowohl die herrschende Klasse bei uns als auch die neue Bourgeoisie in der DDR die gleiche Aufgabe vor sich sehen, nämlich die Jugend zu unterdrücken. Wenn es darum geht, die Jugendlichen als Kriminelle zu beschimpfen, ist man sich in Ost und West einig. In die gleiche Kerbe haut auch die „Rote Fahne", das Organ der GRF, wenn sie schreibt: „Der Unmut der Jugend in der DDR . . . äußert sich in wachsender Kriminalität und Alkoholkonsum, in zunehmendem Arbeitsplatzwechsel und Herumgammelei . . ." (!) Das ist eine ungeheure Verleumdung der revolutionären Jugend der DDR und eine Beschönigung des revisionistischen Honeckerregimes, das in Wirklichkeit diese Formen der Zersetzung in die Jugend hineinträgt. Auch von den GRF-Opportunisten hat die Jugend nichts zu erwarten.

DDR:

Weg mit dem militaristischen „Wehrunterricht"!



DDR-Schüler bei Wehrübung. Begeistert?

Der Ministerrat der DDR hat den Beschluß gefaßt, an DDR-Schulen einen sogenannten „Wehrunterricht" einzuführen. Diese Maßnahme dient vollkommen den Interessen des sowjetischen Sozialimperialismus und seiner kriegstreiberischen Politik, im Ringen mit dem US-Imperialismus die Weltherrschaft zu erkämpfen. Schon lange wird die Jugend der DDR für die Kreml-Zaren gedrillt und schikaniert, um das Kanonenfutter für ihre imperialistischen Ziele abzugeben. So ist es eine heuchlerische Phrase, wenn der Ministerrat zur Begründung dieser Entscheidung angibt: „Je stärker der Sozialismus ist, umso sicherer ist der Frieden". Dieser „Sozialismus", den es angeblich zu schützen gilt, ist das kapitalistische Imperium der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion und ihrer Vasallen in der DDR. Kein Werktätiger der DDR hat vergessen, daß Soldaten der NVA 1968 für Breschnew nach Prag marschieren mußten, um bei der Unterwerfung des tschechoslowakischen Volkes mitzumachen. Man weiß, daß das gemeint ist, wenn vom „Schutz des Friedens und des Sozialismus" die Rede ist. Dementsprechend stößt die Absicht der Moskauer Statthalter in Ostberlin bei der Bevölkerung der DDR auf Widerstand. Die Regierungsstellen sind sich dessen auch bewußt und bemühen sich deshalb, die Werktätigen für ihre paramilitärische Ausbildung zu gewinnen.

So soll zunächst einmal in der neunten Klasse ein theoretischer Wehrunterricht mit vier Doppelstunden im Jahr eingeführt werden, der vor allem die Schüler auf den „Charakter des zu führenden Krieges" vorbereiten soll. Natürlich ist es ein imperialistischer Raubkrieg, auf den die Jugendlichen eingeschworen werden sollen, auch wenn das nicht so genannt wird!

Dieser theoretische Unterricht ist für Jungen und Mädchen obligatorisch. Dazu kommt einmal ein Lehrgang „Zivilverteidigung", der zwei Wochen mit täglich fünf Stunden umfaßt und in den Ferien nach dem Schuljahr liegt. Andererseits wird ein „militärisches Lager" von zwei Wochen Dauer für „Freiwillige" angeboten. Diese „Freiwilligkeit" beruht aber nur auf der Tatsache, daß vorerst dieses „Lager" im Aufbau begriffen ist und z.Z. noch nicht alle Jungen aufnehmen kann. Die langfristigen Pläne der SED-Bonzen gehen dahin, daß die Mädchen den „Zivildienst" und die Jungen das „militärische Lager" absolvieren müssen, in dem auch der Umgang mit der Waffe erlernt wird. Dieser Zustand soll bis 1983 erreicht sein.

Das gegenwärtige Hauptproblem besteht für den SED-Staat darin, die Eltern der Schüler „politisch-ideologisch auf den Wehrunterricht vorzubereiten". Zu dem Zweck wird damit geködert, daß die Ausbildung sehr qualifiziert gestaltet wird, „damit sie zunehmend das Interesse der Jungen, ihr Bedürfnis, an dieser Ausbildung teilzunehmen, weckt". So gehört zum theoretischen Unterricht auch die Information über die „militärischen Berufe in der NVA", ähnlich wie die Bundeswehr für Nachwuchs wirbt.

Die Jugend der DDR wird sich bedanken. Ihre Perspektive liegt darin, die Militarisierung des Lebens in der DDR zu bekämpfen und die Ausbildung mit der Waffe auszunutzen, um sich auf die Revolution und die Vertreibung der sowjetischen Besatzertruppen vorzubereiten!

Korrespondenz aus der DDR

Polizei, wohin man blickt!

Im Verlaufe der kürzlich zu Ende gegangenen 8. Tagung des ZK der Honecker-Partei wurde wieder einmal das „enge Vertrauensverhältnis" zwischen Partei und Volk" und das Bekenntnis der jungen Generation zu ihrem Vaterland, einer Zauberformel gleich, beschworen und als vorhanden hingestellt. Tatsächlich aber sieht das reale Leben bei uns ganz anders aus.

Das wird eindeutig sichtbar durch den zunehmenden Terror der Vopo bei Veranstaltungen der unterschiedlichsten Art. Ausgehend von den Ereignissen am 7. Oktober 1977, wo mehr als 1000 Polizisten mit äußerster Brutalität gegen Jugendliche vorgingen, die ihren Unmut gegen die arbeiterfeindliche Politik der SED zum Ausdruck brachten, kann jeder Ostberliner feststellen, daß Polizei und Stasi mit Massenaufgeboten anläßlich des Pioniertreffens im November 1977 und am 1. Mai 1978 zur Stelle waren, um jedes Aufmucken gegen die verlogenen Phrasen der neuen Bourgeoisie im Keim zu ersticken.

Ostberlinern, die die letzten Spiele des Fußballclubs Union besucht haben, stellt sich das „enge Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk" ganz besonders deutlich dar. Schon auf dem Weg vom S-Bahnhof Köpenick zum Stadion (ca. 1,5 km) stehen im Abstand von 10 Metern auf jeder Wegseite drei Polizisten, mindestens 500 bis 600 weitere befinden sich im angrenzenden Waldgebiet in Reserve. Stellt man in Rechnung, daß das Stadion zwischen den Bahnhöfen Köpenick und Wuhlheide liegt und sich von dort aus ebenfalls Zuschauer ins Stadion begeben, so läßt sich leicht ausrechnen, wie groß das Polizeiaufgebot gewesen sein muß.

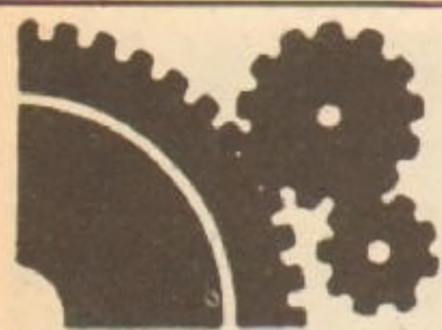
Bereits beim Zugang wurden Stimmen — vor allem von Jugendlichen — laut, die das alles als Polizeistaat-Manieren kennzeichneten. Einige dieser Jugendlichen wurden daran gehindert, sich das Spiel anzusehen, da sie schon zu diesem Zeitpunkt von der Polizei aus dem Zuschauerstrom herausgeholt wurden.

Durch einen weiteren, noch eindrucksvolleren Vertrauensbeweis des Staates wurden die Zuschauer nach Beendigung des Spiels überrascht: Vor dem Bahnhof Köpenick hatte die Polizei eine ca. 200 Meter lange und 6 Meter breite Schleuse aus ca. 1,50 Meter hohen, tragbaren Gitterelementen errichtet, durch die die vom Spiel zurückkehrenden Zuschauer hindurch mußten, um zum Bahnhof zu gelangen. Zur Einschüchterung der Zuschauer waren inzwischen Polizisten mit Hunden erschienen, die jenseits der Schleuse postiert waren. Diese weitere Eskalation des Polizei-Einsatzes rief breiten Unmut bei den Zuschauern hervor. Es fielen Bemerkungen wie „Polizeiterror" u. ä.

Ein makabrer Beweis für das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk!

Rotfront

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Betriebsratswahlen im Kaufhaus

Die Betriebsratswahlen in den letzten Wochen waren sicher in den meisten Betrieben ein aktuelles Gesprächsthema. Bei uns (ich bin Verkäuferin in einem Kaufhaus mit rund 1.900 Angestellten) wurden die Wahlen allerdings derart diskret vorbereitet, daß wir davon fast so wenig mitgekriegt haben wie von der Betriebsratsarbeit das ganze Jahr über — so gut wie nichts. Ein Aushang am Schwarzen Brett mit den Fotos einiger gewinnend lächelnder Damen und Herren (hauptsächlich Abteilungsleiter, Substituten und ein Verkäufer) und der lapidare Spruch: 15 von uns können sie wählen! — das war der einzige Hinweis auf Wahlen, die immerhin nur alle drei Jahre stattfinden.

Diese Informationslücke wurde von der Gewerkschaft erkannt und mit einer Flut von Flugblättern angefüllt. In kurzen Abständen wurden mindestens drei verschiedene HBV-Flugblätter verteilt, und als das die DAG merkte, machte sie auch noch eiligst mit — buntes Papier hatten sie offensichtlich massenhaft. Lust zum Reden hatten sie weniger. Wenn man sie fragte, ob's mehr Geld gibt oder mehr Urlaub, dann wurde einem nur stumm bedeutet, daß man den Wisch lesen sollte, den sie einem gerade in die Hand gedrückt hatten. So konnten wir erfahren, wie äußerst wichtig und bedeutungsvoll die Betriebsratswahlen doch sind, was für tolle Möglichkeiten uns die Mitbestimmung bringt, daß uns das alles die Gewerkschaft beschert hat und wir ohne sie völlig aufgeschmissen wären.

Wer es genauer wissen wollte, ging wie ich zur Betriebsversammlung. Das Interesse war aber nicht gerade groß. Die meisten Kolleginnen, die ich vorher darauf ansprach, hatten nur müde abgewinkt.

Kein Wunder! Mal abgesehen davon, daß die Versammlung eine Stunde vor Arbeitsbeginn angesetzt war: In dieser einen Stunde passierte nichts weiter, als daß der Betriebsratsvorsitzende eine einschläfernde Rede hielt, ein Vertreter der Geschäftsleitung eine ähnliche Rede hielt, ein Vertreter der HBV eine flammende Rede hielt und schließlich ein Vertreter der DAG tapfer die letzte Viertelstunde totschlug. Nebenbei konnte man noch die Betriebsratskandidaten bewundern — tatsächlich waren sie genauso schön wie auf den Fotos, und auch genauso stumm. Den Mund aufgemacht hat keiner.

Und die Belegschaft? Mitten in die Aufbruchstimmung hinein — um 9 Uhr mußten wir schließlich in der Abteilung sein — wurden wir allen Ernstes gefragt, ob noch Diskussionsbeiträge da wären! Mir blieb bei so viel Unverschämtheit dermaßen die Spucke weg, daß ich nicht mal fragen konnte, für wie blöd die uns eigentlich halten.

Daß diese Frage sehr angebracht gewesen wäre, bestätigten mir viele Kolleginnen meiner Abteilung, denen ich sofort von dieser Betriebsversammlung erzählte. Ich fand keine einzige Kollegin, die sich von der Gewerkschaft oder unserem Betriebsrat irgendwas erhoffte. Die vorherrschende Meinung ist: die helfen doch bloß dazu. Ich meine natürlich, daß wir solche Leute nicht auch noch extra zu wählen brauchen, und hab' auch fleißig versucht, über diesen Punkt mit möglichst vielen Kolleginnen ins Gespräch zu kommen. Das ist gar nicht so einfach, es wird nämlich sehr aufgepaßt, daß wir nicht zuviel miteinander reden. Weil es einen schlechten Eindruck auf die Kunden macht, und zwar auch dann, wenn grade keine da sind.

Ich war deshalb besonders erfreut, als ich feststellte, daß ich in einer anderen Abteilung eine Mitstreiterin hatte. Diese Kollegin setzte sich äußerst aktiv dafür ein, auf jeden Fall ungültig zu wählen, aber möglichst mit Begründung, damit der Betriebsrat merkt, daß wir uns nicht alles gefallen lassen.

Das machten wir zwei nun jedem klar, der es hören wollte (und sollte). Wir ließen es dabei aber nicht bewenden, sondern brachten auch die Sachen ins Gespräch, von denen wir finden, daß sie unbedingt geändert werden müssen. Zum Beispiel, daß bei der Urlaubsberechnung eine 6—Tage-Woche zugrunde gelegt wird. Das macht eine Woche weniger Urlaub. Oder daß uns die vier langen Samstage vor Weihnachten nicht ersetzt werden. Ebenso wenig wird der freie Tag ersetzt, wenn er auf einen Feiertag fällt. Und dergleichen mehr.

Die Reaktion darauf war gar nicht schlecht. Zwar schlug die allgemeine Resignation nicht gleich in Kampfstimmung um, aber ich fand eigentlich nur Zustimmung. Vor allem aber konnte ich von den Kolleginnen sehr viel erfahren, in den zwei Tagen vor der Wahl mehr als in dem halben Jahr, das ich bisher dort arbeite. Und das Ergebnis? Gewählt haben nun doch die meisten. Sechs wählten ungültig. Der Betriebsrat gibt es natürlich nicht bekannt, aber auf einem der ungültigen Stimmzettel stand: „Was soll diese Schönheitsgalerie? Unter Betriebsratswahlen stelle ich mit etwas anderes vor!“ Und auf einem anderen: „Wir sind kein Stimmvieh!“

Daß auf der nächsten Betriebsversammlung „Diskussionsbeiträge“ da sein werden, ist jetzt ziemlich sicher. Wahrscheinlich kommen sie auch schon um acht Uhr und gehen nicht wieder in den Abschieds- und Dankesworten des Betriebsratsvorsitzenden unter...

Fotos für den Verfassungsschutz

Vor kurzem verteilten wir das zweite Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe vor den Feinmechanischen Werken in Mainz. Die RGO-Gruppe entlarvte darin an Hand einiger Beispiele den Charakter des IG-Metall-Apparats. So ist nach der Betriebsratswahl gegen zwei fortschrittliche Kollegen, deren Kandidatur zum Betriebsrat von der RGO-Gruppe unterstützt worden war, ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden. Außerdem wurden die Machenschaften des Betriebsratsvorsitzenden Müller entlarvt, der zwei Prozent der Mitgliedsbeiträge als sogenannte „Kassierergelder“ getarnt, dazu benutzt, sich und anderen Betriebsräten Geschenke zu spendieren.

Nachdem wir schon einige Zeit an die Kollegen verteilt hatten, kamen zwei der Betriebsräte zusammen mit einem Werkschutzmann aus der Firma heraus, auf uns zu. Aus nächster Nähe versuchte darauf der Betriebsratsvorsitzende Müller, von beiden Verteilern Fotos zu machen. Diese faschistische Provokation starteten er und der als gewalttätig bekannte Betriebsrat Lemb zu einer Zeit, als nur wenige Kollegen ins Werk gingen. Es ist ihnen jedoch nicht gelungen, uns durch ihre Provokation zu verjagen.

Hiermit entlarven sich diese Betriebsräte offen als Spitzel des Verfassungsschutzes. — Der Betriebsratsvorsitzende Peter Müller ist gleichzeitig am Mainzer Arbeitsgericht als Arbeitsrichter tätig und Mitglied der Vertreterversammlung der IG Metall.

Rot Front!

GEW-Vorsitzender Frister zu Berufsverboten

Mißverständnisse endgültig ausgeräumt...

Erich Frister, Vorsitzender der zum DGB gehörenden Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist bei ausländischen Gewerkschaftern offenbar ins Gerede geraten. So kam es in der schwedischen Lehrergewerkschaft zu Befremden und Unruhe darüber, daß die GEW-Führung die weltweit berüchtigten Berufsverbote gegen sogenannte „Verfassungsfeinde“ nicht etwa bekämpft, sondern im Gegenteil sogar befürwortet und daß sie, dem nicht genug, selbst Säuberungskampagnen gegen kommunistische und revolutionäre Gewerkschaftsmitglieder veranstaltet.

Herr Frister sah sich deshalb veranlaßt, an den stellvertretenden Vorsitzenden der schwedischen Lehrergewerkschaft einen Brief zu schreiben, um diesen Leuten mal klarzumachen, wie das mit den Berufsverboten wirklich aussieht und daß sie notwendig sind, um die Demokratie — so Frister in seinem Brief — „streitbar zu verteidigen“. Dankenswerterweise wurde dieser Brief auch im GEW-Organ „Erziehung und Wissenschaft“ abgedruckt, weil er — so schreibt die Zeitschrift — *„geeignet ist, auch Mißverständnissen, die gelegentlich in unserem Leserkreis auftauchen, zu begegnen...“*

Da ist zum Beispiel das sowohl im deutschen Volk als auch im Ausland stark verbreitete Mißverständnis, daß seit Einführung des sogenannten „Radikalenerlasses“ im Jahr 1972 tausende von Menschen in der Bundesrepublik wegen ihrer Gesinnung Berufsverbot erhielten. Auch in den Köpfen schwedischer Gewerkschafter scheint dieses Mißverständnis herumzuspuken, denn in einem Antrag von Stockholmer Lehrern zu diesem Thema ist die Rede von 3000 Personen, die von den Berufsverboten betroffen sind. Frister schiebt dieser deutschfeindlichen Legende endlich einen Riegel vor: *„300 — nicht 3.000, wie es in dem Antrag heißt — sind wegen verfassungsfeindlicher Aktivitäten abgelehnt worden.“* Beweise führt er allerdings nicht an. Wo kämen wir da auch hin, wenn man von einem Demokraten und GEW-Führer wie Frister auch noch Beweise fordern würde? Wenn er sagt 300, sind es eben auch 300, basta. Damit wäre also das erste Mißverständnis ausgeräumt.

Nun gibt es da ein weiteres Mißverständnis. Es besagt, in bezug auf die KPD/ML und einige andere Organisationen, die als „linksextremistisch“ eingestuft werden, ist bereits die Mitgliedschaft, ja der bloße Verdacht, daß man Mitglied sei, Grund genug für die Verhängung eines Berufsverbotes. Auch dieses Mißverständnis wird von Frister kurzerhand aus der Welt geschafft: *„Nicht die bloße Mitgliedschaft in einer Partei ist entscheidend für die Ablehnung, sondern die politische Aktivität!“* Daran sieht doch jeder, wie die Dinge wirklich liegen! Somit ist also ein weiteres Mißverständnis beseitigt.

Frister schreibt in seinem Brief, betroffen von den „Ablehnungen“ seien „Angehörige der kommunistischen Parteien KPD, KPD/ML und KBW“; außerdem seien „die Anhänger der DKP betroffen“. Nun gibt es bekanntlich das hartnäckige Mißverständnis, daß auch Menschen, die nicht einer dieser Organisationen angehören, (ja sogar Personen, die überhaupt in keiner politischen Organisation Mitglied sind) wegen ihrer fortschrittlichen Einstellung oder weil sie einer solchen Einstellung verdächtigt werden, mit Berufsverbot belegt wurden. Auch dies wird jedoch von Frister schlagend widerlegt, indem er schreibt: *„Alle Behauptungen, daß andere als die Mitglieder der genannten Organisationen betroffen sind, entsprechen nicht der Wahrheit.“* Noch irgendwelche Unklarheiten? Na also!

Leider sind der Mißverständnisse noch kein Ende. So z.B. heißt es immer, Angehörige des Öffentlichen Dienstes oder Bewerber für eine Anstellung im Öffentliche Dienst, die sich irgendwie politisch verdächtig gemacht haben, würden durch die zuständigen Stellen verhört, mit dem Ziel, ihre politische Einstellung festzustellen. „Gesinnungsschnüffelei“ und ähnlich häßliche Ausdrücke werden in diesem Zusammenhang in die Debatte geworfen. Zum Glück widerlegt Herr Frister schlagend diese Verleumdungen: *„Es gibt keine ‚Verhöre‘. Die Gespräche (Anhörungen) bei Einstellungen werden — wenn politische Vorwürfe erörtert werden — protokolliert.“* Alles klar? Es handelt sich hier doch eindeutig um Anhörungen bzw. um Gespräche. Wie kann man da von Verhören sprechen? In anderen Ländern wären die Leute froh, wenn sie von den entsprechenden Staatsvertretern auch mal angehört oder zu einem netten Gespräch eingeladen würden. Oder nicht?

Auf besonderes Befremden stößt in einigen Nachbarländern ein Mißverständnis, dem jedoch dank Fristers Brief jetzt endgültig der Boden entzogen sein dürfte: *„Die Behauptung, daß ‚Berufsverbot und Ausschließung aus der GEW oft Hand in Hand gehen‘, ist falsch.“* Daß diese Behauptung falsch ist, liegt nämlich auf der Hand, denn: „Bei diesen Gruppierungen handelt es sich um gewerkschaftsfeindliche Organisationen“ (die DKP hat Frister hier übrigens ausdrücklich ausgenommen).Und schließlich gibt es kein Gesetz, nach dem man wegen „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ aus dem Staatsdienst entfernt werden kann. Oder kann jemand das Gegenteil beweisen?

Bekanntlich herrscht sowohl im In- wie im Ausland das unsinnige Vorurteil, die Berufsverbote seien antidemokratisch, seien Ausdruck einer Faschisierung in der Bundesrepublik und sie richteten sich gegen fortschrittliche Kräfte, gegen Demokraten, Antifaschisten und Revolutionäre. Frister aber befreit uns von dieser falschen Vorstellung, indem er uns über den wahren Zweck der Berufsverbote aufklärt: *„Dies ist geschehen, um Ereignisse wie 1933 zu verhindern. Faschisten und andere Feinde der Demokratie sollten im Öffentlichen Dienst nicht beschäftigt werden.“*

Schrieb es nieder und begab sich auf eine Cocktail-Party bei Hans Filbinger, der ja bekanntlich ein mindestens ebenso wehrhafter Verteidiger der Demokratie und bewährter Antifaschist ist wie unser GEW-Vorsitzender. Aber halt! — Wir geben zu, daß letzteres lediglich eine Vermutung unsererseits ist. Vielleicht war es auch ganz anders. Vielleicht war Frister an diesem Tag gar nicht auf einer Party, weder bei Filbinger noch sonstwo. Wir wollen ja nicht schon wieder ein neues Mißverständnis in die Welt setzen.

Ungewolltes Eingeständnis...


ARBEITSKAMPF
WAS IST, WENN ER UNS AUFGEZWUNGEN WIRD?

„Die GEW bekennt sich zum Arbeitskampf als Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen für alle Arbeitnehmer.“

Nur Gewerkschaften, die über ausreichend Rücklagen verfügen, können streikenden Mitgliedern Unterstützung gewähren. Auch die angestellten GEW-Mitglieder wollen im Konfliktfall Solidarität üben und nicht als „Streikbrecher“ auftreten müssen.

Deshalb ruft die GEW alle Mitglieder auf, einen **13. MONATSBEITRAG** zu spenden für den Aufbau eines **KAMPF- UND UNTERSTÜTZUNGSFONDS**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB

Mit diesem Aufruf überraschten die GEW-Bonzen in der neuesten Ausgabe ihrer Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ ihre Mitglieder. Da zahlen die Kollegen Monat für Monat ihren Mitgliedsbeitrag, der ja wahrlich schon hoch genug ist. Und dann besitzen die Herren Gewerkschaftsführer doch die Frechheit, einen 13. Monatsbeitrag zu fordern für den angeblichen Zweck, einen „Kampf- und Unterstützungsfond“ aufzubauen. Mit anderen Worten: einen solchen Fond gibt es in der GEW bis dato gar nicht. Aber wofür hat man denn dann überhaupt Beitrag gezahlt? Wo sind denn die Millionen geblieben? Eines jedenfalls steht fest: um jeden Pfennig, den man den Frister und Co. noch zusätzlich in den Rachen schmeißt, ist es schade. Mit diesem unverfrorenen Aufruf haben die GEW-Führer selbst verraten, daß sie die ganze Zeit die Beitragsgelder nicht ihrem eigentlichen Zweck zugeführt haben, nämlich die Kollegen für den „Konfliktfall“ finanziell zu rüsten, sondern daß sie das Geld — gut deutsch gesprochen — veruntreut haben. Und noch eins: Was soll denn das bedeuten: „Arbeitskampf — was ist, wenn er uns aufgezwungen wird?“ Wollen die GEW-Bonzen damit behaupten, Streiks seien im Interesse des Klassengegners, der sie den Kollegen aufzwingen will? Oder soll man das so deuten, daß die GEW-Führer höchstens dann einen Streik organisieren, wenn er ihnen von der Basis aufgezwungen wird? Ein ungewolltes Geständnis der GEW-Bonzen?

Manteltarifrunde Eisen und Stahl

Die Loderer und Co. planen den Verrat

Am 16. Juni hat die Große Tarifkommission der IG Metall die Forderungen für die Manteltarifrunde in der Eisen- und Stahlindustrie beschlossen. Zentraler Punkt: die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. So weit, so gut. Denn die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden ist für die Stahlarbeiter angesichts des Rationalisierungsterrors der Kapitalisten und der Arbeitsplatzvernichtung eine brennende Notwendigkeit.

Aber die Kollegen in den Stahlhütten an Rhein und Ruhr können sich im Kampf für diese Forderung nicht auf die Gewerkschaftsführung verlassen. Die bereitet sich nämlich schon jetzt massiv darauf vor, den Kampf für diese Forderung zu hintertreiben. Das wurde erneut in einem Interview deutlich, das der Essener Bezirksleiter der IG Metall, Kurt Herb, unmittelbar nach der Sitzung der Großen Tarifkommission dem „Handelsblatt" gegeben hat. In diesem Interview versichert Herb den Kapitalisten, daß er es mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gar nicht so ernst meint.

„Dieses Wort ‚Kernforderung'", so läßt er vernehmen, „läßt Verhandlungsbreite und Verhandlungsbeweglichkeit erkennen. Wir sind, was die Arbeitszeitverkürzung betrifft, in jeder Hinsicht beweglich, wir können alle Variationen erörtern." Aus langjähriger Erfahrung wissen wir allerdings nur zu gut, was es mit der „Beweglichkeit" der Bonzen auf sich hat. Bislang ging diese Art von „Beweglichkeit" immer auf Kosten der Arbeiter und kleinen Angestellten und kam einzig und allein den Kapitalisten zugute. Denken wir nur an den schändlichen Abschluß in der letzten Tarifrunde oder an die bislang noch immer gegebene Zustimmung zu Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen.

IGM-Chef Loderer, selbst stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des Stahlkonzerns Mannesmann und damit Nutznießer der den Arbeitern abgepreßten Profite, hat unlängst in Recklinghausen erklärt, in welche Richtung die Gewerkschaftsbonzen ihren Verrat planen: „Auch künftige Arbeitszeitverkürzungen seien nur mit Lohnausgleich denkbar, den die Arbeitnehmer sich bei der tariflichen Einkommensverbesserung allerdings würden ‚anrechnen lassen müssen'". So die „Süddeutsche Zeitung" über Loderers Rede in Recklinghausen. Wenn schon Arbeitszeitverkürzung, dann auch weniger Lohn — das ist es, auf eine kurze Formel gebracht, was die Loderer und Co. den Arbeitern zumuten wollen. Es liegt auf der Hand, daß die Bonzen nicht im Traum daran denken, den Kampf für die berechtigten Forderungen der Stahlarbeiter zu organisieren. Im Gegenteil.

Die Kollegen bei Mannesmann, Krupp, Thyssen, Hoesch und Klöckner müssen deshalb die Sache selbst in die Hand nehmen. Wir haben in der letzten Ausgabe die Forderungen aus dem Aktionsprogramm gegen Rationalisierungsterror und Arbeitslosigkeit veröffentlicht, das die RGO zur Diskussion stellt. Die breite Diskussion dieses Aktionsprogramms kann ein erster Schritt vorwärts zur Schmiedung der Kampffront der Stahlarbeiter in der diesjährigen Manteltarifrunde sein.

Konsequenter Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Sofortige Erhöhung der stahltypischen Zuschläge! Für die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze! Stärkt die RGO!

RGO-Broschüre



Preis 0,50 DM

Zu bestellen bei Dithmars Theil, Postfach 41 03 32, 4600 Dortmund 41.

Gespräch Vetter — Esser

Harmonie zwischen Arbeiterfeinden

DGB-Chef Vetter war ungehalten. Er hätte es lieber gesehen, wenn sein erstes Gespräch mit dem Nachfolger Schleyers, dem Chef der BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), Esser, in aller Stille und ohne großes Aufsehen über die Bühne gegangen wäre. In der Tat, was hinter den gepolsterten Türen in der Chefetage des DGB-Palastes in Düsseldorf besprochen worden ist, ist skandalös genug, ruft die Empörung aller klassenbewußten Arbeiter hervor.

Das fängt schon damit an, daß Esser nach dem Gespräch erklären konnte: „Es war ein Gespräch in einer guten Atmosphäre. Und es wurde vereinbart, daß solche Gespräche regelmäßig fortgesetzt werden." Betrachtet man die spärlichen inhaltlichen Verlautbarungen über das, was zwischen den beiden unter vier Augen besprochen worden ist, erkennt man schnell, worin die „gute Atmosphäre" bestanden hat: sie haben Komplotte gegen die Arbeiter geschmiedet, neue Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen vorbereitet, darüber gesprochen, wie der Kampf der Arbeiter für ihre berechtigten Forderungen am besten sabotiert und abgewürgt werden kann. Greifen wir ein Beispiel heraus.

Bei den Gesprächen ging es offensichtlich auch um die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche. Nach dem Gespräch mit Vetter bekräftigte Esser, daß er — im Namen aller Kapitalisten — diese Forderung entschieden ablehne. Vetters Schweigen zu diesen unverhohlenen Äußerungen Essers spricht Bände. Für die DGB-Bonzen ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche, die sie ohnehin nur auf Grund des Drucks der Mitglieder aufgestellt haben, lediglich ein Vorwand, um den Arbeitern und kleinen Angestellten einen Lohnraub aufs Auge drücken zu können.

„Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitigem Lohnverzicht" heißt ihre von DGB-Chef Vetter persönlich aufgestellte Devise. Man kann sich gut vorstellen, daß unter diesen Bedingungen die Atmosphäre zwischen dem Kapitalistenboß Esser und dem Chefbonzen des DGB tatsächlich „gut" gewesen ist.

Einig war man sich auch darin, daß die Gespräche nur ein Anfang waren. Offensichtlich sollen sie als Vorläufer für die „Konzertierte Aktion" dienen. Deshalb auch die Pläne, den Teilnehmerkreis zu erweitern und auch Vertreter der Bundesregierung hinzuzuziehen. Bekanntlich haben die DGB-Bonzen ihre Mitarbeit in der „Konzertierten Aktion" vor einiger Zeit eingestellt, wohl vor allem deshalb, weil diese Gesprächsrunde bereits allzu diskreditiert ist. Jetzt soll sie in neuer Form wieder aufleben. So schrieb zum Beispiel die „Süddeutsche Zeitung", daß „beide Seiten die Theaterpause der ‚Konzertierten Aktion' nutzen wollen, um sozusagen hinter den Kulissen den Grundkonsens zu pflegen." Treffende Worte.

Man trifft sich hinter dem Rücken der Arbeiter. Man ist sich in den Grundfragen völlig einig. Man will, wie unlängst ein hoher Bonze der IG Metall erklärte, „die Kuh", sprich: die Kapitalisten, „nicht schlachten", sondern die Arbeiter und Angestellten für den Profit dieser Herren bluten lassen. Das ist der ganze Sinn dieser Gespräche, das ist der wirkliche Hintergrund der vielbeschworenen Sozialpartnerschaft zwischen Kapitalistenbossen und DGB-Bonzen.

Hoesch-Union Primitivste antikommunistische Hetze

IG Metall — Verwaltungsstelle Dortmund

Information zur Betriebsratswahl

Die RGO-KPD/ML verspricht,

was **sie nicht** halten kann:	Nur starke Gewerkschaften sind stark bei Verhandlungen
was sie halten wird:	Beweis:
Revolution = Bewaffneter Aufstand	
Krieg	Beweis:
Tod und Blut	Beweis:
Unterdrückung	Beweis 1: / Beweis 2:

Wehret den Anfängen! Es gibt keine Gemeinsamkeit zwischen Demokraten und der RGO-KPD/ML, weil sich deren Machtanspruch auf die Gewehrläufe stützt.

Die abgedruckten Beweise sind Originaltexte der RGO-Broschüre und des Programms der KPD/ML. Beides Verlag Roter Morgen

Der KPD/ML-Parteiauftrag, sich in die Betriebe einzuschleichen, ist erfüllt.

Sie sind da.

Nun werben sie, **auftragsgemäß,** um Euer **Vertrauen,** um es zu **mißbrauchen.**

Auch mit der Waffe in der Hand.

Die Massen für die Ziele der KPD/ML zu erziehen, wird ihnen nicht gelingen – trotz der Lügen, die sie verbreiten.

Denkt an Eure Zukunft und an die Zukunft Eurer Kinder.

Wollt Ihr einen Partisanen* als Bereichsbetriebsrat?

IG Metall

An Zeiten des nationalsozialistischen „Stürmer" fühlten sich manche Kollegen bei Hoesch-Union in der letzten Woche erinnert, als sie eine „Information zur Betriebsratswahl", herausgegeben von der Verwaltungsstelle Dortmund der IG Metall, in den Händen hielten. Wir veröffentlichen dieses bemerkenswerte Dokument hier im Faksimile. Die primitive, antikommunistische Hetze ist kaum noch zu übertreffen. Offenbar glauben die Bonzen in der Verwaltungsstelle, allen voran Werner Dieterich, mit dieser Masche der Liste RGO das Wasser abgraben zu können. Bekanntlich aber hat sich Dieterich bei diesen Betriebsratswahlen schon mehr als einmal verrechnet. Wie Kollegen berichten, dürfte es ihm auch diesmal nicht anders gehen.

Meldungen aus den Betrieben

Lohnraubabschluß in der Porzellanindustrie — Kollegen wollten den Streik

Einen schändlichen Lohnraubabschluß haben die Bonzen der bayrischen IG Chemie, Papier, Keramik den Kollegen in der feinkeramischen Industrie aufs Auge gedrückt: 5,5 Prozent. Damit nicht genug, haben die Kapitalisten schon provokativ die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze angekündigt. Der Verrat der Gewerkschaftsbonzen wiegt um so schwerer, als die Löhne der Kollegen in der bayrischen Feinkeramikindustrie sowieso schon 10 bis 15 Prozent unter dem Durchschnittslohnniveau liegen. Erst am 13. Juni hatten die Porzellanarbeiter in Oberfranken deshalb mit der überwältigenden Mehrheit von 93 Prozent in einer Urabstimmung für Streik gestimmt. Aber anstatt Kampfmaßnahmen einzuleiten, setzten sich die Bonzen sofort wieder mit den Kapitalisten an einen Tisch und kungelten den 5,5-Prozent-Lohnraubabschluß aus, der die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt.

Weitere Tarifrunden beendet

Beendet sind inzwischen auch die Tarifrunden für die Maler und Lackierer in der Bundesrepublik und Westberlin sowie für die Heizungs-, Klima- und Sanitärtechniker in Bayern. Auch hier gab es in beiden Fällen einen Lohnraubabschluß. Die Maler und Lackierer werden demnächst 5,7 Prozent und die Heizungs-, Klima- und Sanitärtechniker sogar nur 5 Prozent mehr Lohn bekommen.

Arbeiterverräter unter sich

Unter Leitung von Adolf Schmidt ist eine Delegation hoher Bonzen der IG Bergbau und Energie zu einem Besuch in die DDR gefahren. Empfangen wurden sie unter anderem von Harry Tisch, dem Chef des sozialfaschistischen FDGB. Die Herren konnten bei dieser Gelegenheit sicher ihre reichhaltigen Erfahrungen bei der Sabotage am Kampf der Arbeiter, bei der Unterdrückung ihrer Kämpfe austauschen.

Billige Löhne — höhere Profite

„Aus wirtschaftlichen Gründen", so heißt es in einer Verlautbarung der Nordmende-Kapitalisten, werde man in Zukunft die Produktion von Schwarz/Weiß-Fernsehern nach Singapur verlagern. Die Folgen: das Nordmende Zweigwerk in Sittensen bei Bremen, in dem 550 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt sind, soll dichtgemacht werden. Wenn die Kapitalisten „wirtschaftliche Gründe" ins Feld führen, so meinen sie damit immer die Wahrung und Steigerung ihres Profits — auf Kosten der Arbeiter versteht sich. Das wird auch in diesem Fall deutlich. Malaysia, in dem Singapur liegt, gehört zu den sogenannten Billiglohnländern und ist deshalb schon lange ein von den westdeutschen Kapitalisten bevorzugtes Land. In Singapur liegen zum Beispiel die Stundenlöhne für Textilarbeiterinnen bei nur einer Mark. In der Bundesrepublik müssen die Kapitalisten einer Textilarbeiterin dagegen rund 10 DM zahlen. (Laut offizieller Statistik).

Massenentlassungen bei van Delden

Die Van-Delden-Gruppe, der größte Textilkonzern plant Massenentlassungen. Betroffen sind rund 600 Arbeiterinnen und Arbeiter, die demnächst auf die Straße geworfen werden sollen. Die Kapitalisten haben die Massenentlassungen angekündigt, nachdem sie sich gerade einen 20-Millionen-DM-Kredit der niedersächsischen Landesregierung in die Tasche gesteckt haben. Die Höhe des Kredits wundert keinen, schließlich ist Niedersachsens Finanzminister Leisler-Kiep ein Duz-Freund van Deldens. Um die Arbeiterinnen und Arbeiter zu beruhigen, hatte man außerdem vorher frech behauptet, der Kredit diene der „Stabilisierung der Beschäftigungslage". Wenn man dafür „Stabilisierung des Profits" sagt, kommt man der Wahrheit schon näher. Aber mit den 20 Millionen ist die Gier van Deldens noch nicht befriedigt. Jetzt fordert er einen weiteren Kredit über 45 Millionen DM — diesmal von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

Mieterhöhungen bis zu 100 Prozent in Ahlen geplant

Vom 1. September an will der Eschweiler Bergwerksverein die Mieten der werkseigenen Wohnungen in Ahlen um bis zu 100 Prozent erhöhen. Diese unverschämte Profitschneiderei wird frech mit angeblich „gestiegenen Kosten" begründet. Tatsache ist allerdings, daß die Kapitalisten in den vergangenen Jahren fast überhaupt nichts in die Häuser hineingesteckt haben. Noch heute haben etwa 30 Prozent der Wohnungen kein Bad. Der Einbau von Heizungen, Badezimmern und Toiletten mußte von den Mietern selbst bezahlt werden. Der Eschweiler Bergwerksverein kassierte derweil kräftig ab. Die Mieter sind jedoch entschlossen, die Mieterhöhungen nicht kampflos hinzunehmen.

Über 1.000 Arbeitsplätze in Gefahr

In Mönchengladbach soll die Schwermaschinenfabrik Froriep geschlossen werden, 450 Arbeiter sollen auf die Straße geworfen werden. In Gefahr sind außerdem weitere 1.000 Arbeitsplätze in anderen Betrieben, die von Froriep abhängen. Die Arbeiter sind jedoch entschlossen, die geplanten Massenentlassungen nicht kampflos hinzunehmen. In einer stürmischen Betriebsversammlung forderten sie die Erhaltung des Werkes. Um die Kampfentschlossenheit der Arbeiter zu brechen, hat sich jetzt deshalb der Betriebsrat eingeschaltet. Sein Vorschlag: die Arbeiter sollten erst einmal den Vermittlungsversuch des Mönchengladbacher Oberbürgermeisters abwarten, ehe sie zu Kampfaktionen greifen. Der Sinn dieses Vorschlags liegt auf der Hand: die Kollegen sollen hingehalten werden, damit sie dann von den Kapitalisten um so besser überrumpelt werden können.

RGO-Nachrichten Nr. 3 erschienen



Im Inhalt: Aktionsprogramm gegen Rationalisierungsterror und Arbeitslosigkeit.

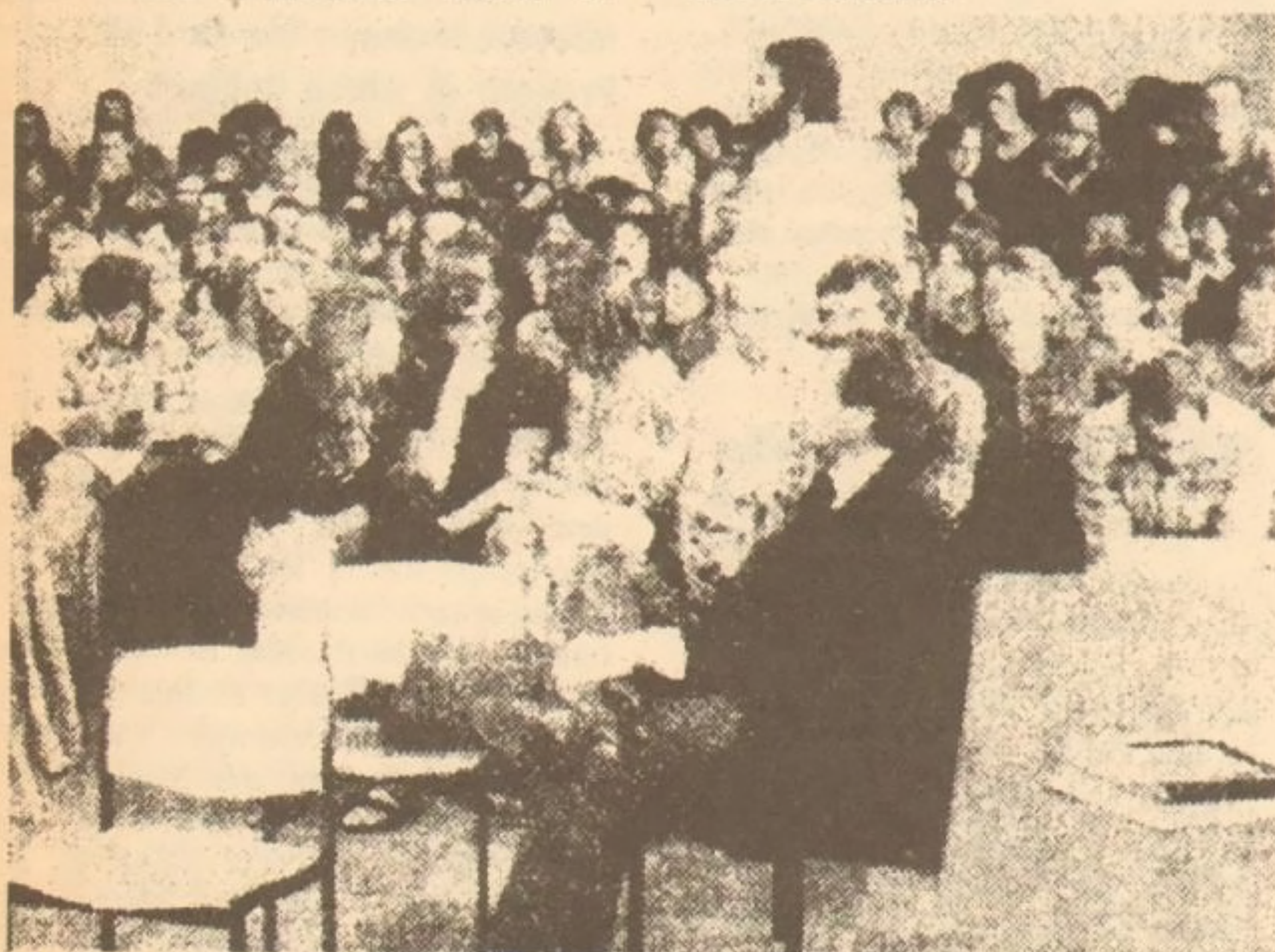
Zu bestellen bei Dithmars Theil, Postfach 41 03 32, 4600 Dortmund 41.

Westberlin/Köln

Vom Hörsaal in den Gerichtssaal

Mehr als 300 Studenten drängen am 8. Juni in den Gerichtssaal am Kölner Appellhofplatz. Sie zeigen so ihre Solidarität mit sechs Medizinstudenten, die wegen „Hausfriedensbruch“ und „Nötigung“ angeklagt sind. Der Anlaß: Etwa 60 Studenten hatten in der Vorlesung den Prüfungsterror des Biochemie-Professors Stoffels kritisiert. Eine Woche vorher in Westberlin. Vor dem Landgericht stehen zwei Jura-Studenten. Die Anklage: Während des Streiks an den Westberliner Hochschulen im Wintersemester 76/77 hatten einige Studenten einen Spitzel beim Fotografieren überrascht.

Mit einer Welle von Strafverfahren und Relegationen (Ausschlüssen vom Studium) versucht zur Zeit die Bourgeoisie, den Kampf an den Universitäten zu unterdrücken, alle fortschrittlichen und revolutionären Studenten mundtot zu machen. Allein an der Kölner Universität laufen 37 Straf- und Ermittlungsverfahren gegen Studenten. An den Westberliner Hochschulen sind es über 100. In Tübingen wurden am 2. Juni fünf Studenten zu Gefängnisstrafen zwischen drei und vier Monaten auf Bewährung verurteilt, weil sie auf einer Vorlesung im Auftrag der Vollversammlung über den faschistischer Schlägerüberfall der Hoffmann-Bande informieren wollten.



Solidarität mit den angeklagten Kommilitonen: Über 300 Studenten drängen sich in den Gerichtssaal.

Grundlage dieser Unterdrükkungsmaßnahmen sind das Hochschulrahmengesetz (HRG) und die entsprechenden Landeshochschulgesetze, die jeden Widerstand gegen die immer unerträglicher werdenden Studien- und Prüfungsbedingungen unterdrücken, die Streiks verbieten und jedes Wort der Kritik zu einer „kriminellen“ Handlung machen. Schon längst haben die Bonner Politiker das Gerede von „Universitätsreform“ aufgegeben, ihre Antwort auf den Kampf der Studenten gegen die Hochschulmisere ist: politische Unterdrückung, Einschüchterungsmaßnahmen. Gewalt, die sich als Recht tarnt.

Doch immer mehr Studenten haben den Kampf gegen den Strafanzeigen-Terror aufgenommen. Sie lassen es nicht zu, daß Einzelne für alle herausgegriffen und verurteilt werden, um alle einzuschüchtern. So kamen zum ersten Prozeßtag gegen die beiden Jurastudenten in Westberlin, den Rotgardisten Wolfgang Mentzel und Hartmut Gassner, 120 Studenten. Der „Regionale Solidaritäts-Ausschuß“ hatte zur Unterstützung aufgerufen. Und die Rote Garde hatte durch ein Plakat, ein Flugblatt und eine Informationsbroschüre zur Solidarität mobilisiert. Das Gericht konnte den Prozeß nicht in der gewünschten Form durchziehen. Schon am zweiten Prozeßtag kam zum Vorschein, daß einer der Schöffen Mitglied in der reaktionären „Notgemeinschaft für eine Freie Universität“ ist. Da ein Befangenheitsantrag drohte, vertagte das Gericht den Prozeß. Er wird jetzt wahrscheinlich 1979 neu beginnen.

In Köln führten mehr als 120 Studenten trotz Raumverbot durch den Uni-Rektor am 5. Juni eine kämpferische Veranstaltung auf Initiative des „Uniweiten Ausschusses gegen die Strafanzeigen“ durch. Auf ihr sprachen nicht nur die Kölner Medizinstudenten, die gegen die unverschämten Prüfungsmethoden des Biochemie-Professors Stoffels gekämpft haben. Auch Genosse Wolfgang Mentzel konnte über den Kampf in Westberlin berichten.

Am Prozeßtag selbst verteidigten die angeklagten Studenten im Kölner Gericht vor den mehr als 200 Zuhörern mutig ihr Recht, in den Vorlesungen Diskussionen zu fordern. Denn gerade Stoffels ist bekannt für den Prüfungsterror: Bei der ersten Prüfung in Biochemie fielen 72,5 Prozent der Studenten durch. Das Gericht bot eine Einstellung des Verfahrens an, forderte aber gleichzeitig ein Schuldeingeständnis. Die angeklagten Studenten wiesen den Erpressungsversuch zurück. Eine Woche später verurteilte dann das Gericht zwei der Studenten zu einem Monat Gefängnis auf Bewährung. Die Begründung: Man müsse Professor Stoffels die „Freiheit“ sichern, seine Vorlesung so abzuhalten, wie er will. Also die „Freiheit“, den Studenten den Mund zu verbieten, die „Freiheit“, die Studenten mit willkürlichen Prüfungen zu terrorisieren.

Der Kampf der Studenten gegen die politische Unterdrückung an den Universitäten, die sich als Verteidigung der „Freiheit von Forschung und Lehre“ tarnt, nimmt zu. Die Rote-Garde-Gruppen an den Universitäten unterstützen diesen Kampf nach Kräften. Für freie politische Betätigung in Betrieb, Schule und Universitäten! Kampf dem Hochschulrahmengesetz!

30 Jahre „Währungsreform“:

Mit 40 DM fing jeder an?

Am 20. Juni 1948 beschlossen die drei Westmächte einseitig die separate Währungsreform für die drei Westzonen des besetzten Deutschland. Diese Maßnahme der Westalliierten sorgte dafür, daß die westdeutschen Kapitalisten, Kriegsgewinnler und Schieber den großen Schnitt machen konnten, während Millionen Werktätige in die Röhre guckten, und die kleinen Sparer fast alle ihr Guthaben verloren. Wenn heute ein propagandistischer Rummel um die Währungsreform als der Geburtsstunde des sogenannten „Wirtschaftswunders“ gemacht wird, dann darf man nicht vergessen, daß dieses „Wirtschaftswunder“ aus den Knochen der westdeutschen Werktätigen gesaugt wurde. Vergessen darf man auch nicht, daß die Westmächte, vor allem aber die USA, mit der separaten Währungsreform die Spaltung der deutschen Nation besiegelten.

Wie war die Situation im vom Krieg zerstörten Deutschland vor dem 20. Juni '48? Die Besatzungsmächte hatten das Geldsystem Hitlers zunächst beibehalten. Hitlers Devise war gewesen: Kanonen statt Butter! Um seine riesige Rüstungsproduktion zu finanzieren, hatte er die Gelddruckmaschinen laufen lassen. So hatten die Werktätigen zwar Geld, und durch einen Preisstopp während der Nazizeit gab es auch keine Preissteigerungen, aber für das Geld konnte man auch nichts kaufen, jedenfalls nicht mehr, als einem durch die Zwangsbewirtschaftung zugeteilt wurde.

Nach dem Kriege brach das monetäre System vollends zusammen. Die Preise blieben nach wie vor stabil, doch wenn man z. B. ein Kilo Butter haben wollte, mußte man auf dem Schwarzmarkt 1.000 Reichsmark (RM) hinlegen. Während die Geschäfte der Schieber und Betrüger blühten, waren die Arbeiter und kleinen Angestellten am Rande des Verhungerns. Das Geld, das sie für ihre harte Arbeit bekamen, war für sie praktisch wertlos. Die Konsumwaren-Kapitalisten hielten ihre Waren zurück und horteten sie — es herrschte die sogenannte „Lebensmittelkrise“

Am 19. Juni '48 verfügten dann die drei westlichen Besatzungsmächte per Gesetz über die separate Währungsreform in den drei Westzonen. Wenn heute in der bürgerlichen Presse Prominente befragt werden, was sie 1948 mit ihren ersten 40 DM angefangen haben, dann will man damit das alte Märchen nähren, daß 1948 jeder Bundesbürger von der gleichen finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzung ausgegangen sei, nämlich von 40 DM. Und wenn heute der eine Millionär ist und der andere dabei herumkrebst, seinen Gebrauchtwagen abzustottern, dann kann man daran eben ablesen, daß der eine eben etwas aus seinen 40 DM gemacht hat und der andere eben nur ans Konsumieren gedacht hat. Dieses Märchen soll über den volksfeindlichen Charakter der Währungsreform hinwegtäuschen.

Aber wie war es denn am 20. Juni '48? Jeder Bürger erhielt zunächst 40 DM und zwei Monate später noch einmal 20 DM. Sämtliche Barbestände an altem Geld mußten abgeliefert werden, und die Bankguthaben der Sparer mußten schriftlich deklariert werden. Am 27. 6. 48 wurden durch das 3. Reformgesetz 100 RM Bankguthaben zu 10 DM zusammengefaßt, wovon 5 DM auf einem Festkonto blockiert wurden. Am 4. 10. 48 wurde dann durch ein weiteres Gesetz verfügt, daß von diesen blockierten 5 DM 70 Prozent annulliert wurden. So blieben von 100 RM ganze 6,50 DM übrig. Dadurch verloren Millionen Kleinsparer fast 95 Prozent ihrer Ersparnisse.

Die Kapitalisten hatten ihr Vermögen in Sachwerten angelegt, sei es in Fabrikanlagen oder in gehorteten Konsumwaren. Die Aktien der Vereinigten Stahlwerke z. B. wurden im Verhältnis 100 RM zu 300 DM umgetauscht. Das war natürlich kein Zufall, das war gerade der Sinn der ganzen Währungsreform. Während man offiziell davon sprach, daß der von Hitler ererbte „Geldüberhang“ beseitigt werden müßte, sorgte man in Wirklichkeit dafür, daß den Werktätigen genommen und den Reichen gegeben wurde.

Am Tage nach der Währungsreform waren die Schaufenster wieder gefüllt mit Delikatessen aller Art. Die Arbeiter, die jetzt die Luxusartikel zu sehen bekamen, die sich Schieber und Kapitalisten auch in den schlechtesten Tagen der „Lebensmittelknappheit“ hatten leisten können, drückten sich an den Scheiben die Nasen platt und waren empört. Diese Waren wie auch z. B. der viel gerühmte „Volkswagen“ blieben noch lange Jahre den



„Berlin liegt in der Ostzone, darum Währungseinheit“, unter dieser Parole demonstrierten Westberliner gegen die Einführung der spalterischen Währung DM in Westberlin.

Arbeitern vorenthalten. Für die Werktätigen wurde die Lage zunächst noch drückender. Die Kapitalisten entließen massenweise Arbeiter. Bis dahin hatten sie sich den Luxus vieler Arbeitskräfte leisten können, denn die Lohngelder, die sie ihnen zahlten, waren ja nichts wert. Jetzt aber setzte eine Welle der Massenentlassungen und der Verschärfung von Ausbeutung und Antreiberei ein. Bis zum Dezember 1949 stieg die Zahl der Arbeitslosen rapide auf 1,5 Millionen. Eine unglaubliche Bereicherung der Kapitalistenklasse und Beraubung und Ausschröpfung der Werktätigen, das war das Resultat der separaten Währungsreform in den drei westlichen Zonen und Westberlin.

Ganz anders verlief die Währungsreform in der sowjetisch besetzten Zone, die drei Tage nach dem spalterischen Akt vom 20. Juni durchgeführt wurde. Hier waren die Konzern- und Bankherren, die Großgrundbesitzer und Kriegsverbrecher enteignet worden. Entsprechend wurde hier die Währungsreform im Interesse der Werktätigen und kleinen Sparer durchgeführt. So wurden z. B. die Sparkonten derart überprüft, daß die aus Schwarzmarktgeschäften und Kriegsgewinnen stammenden Gewinne abgeschöpft wurden. Vor allem sorgte man aber dafür, daß die volkseigenen und kommunalen Betriebe durch die Währungsreform gestärkt wurden.

Aber auch die Vorgeschichte der Währungsreform zeigt das völlig verschiedene klassenmäßige Herangehen der Sowjetunion und der Westmächte. Während die Sowjetunion alles daran setzte, eine einheitliche Währungsreform in ganz Deutschland durchzuführen, hatte vor allem der USA-Imperialismus die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung in seinem Herrschaftsbereich und damit die Spaltung Deutschlands im Auge.

Schon in der ersten Hälfte des Jahres 1948 hatte sich in ganz Deutschland eine breite Bewegung für die Einheit Deutschlands gebildet, die den Bestand der deutschen Nation vor den Spaltungsabsichten des US-Imperialismus retten wollte. Sie hatte die damals sozialistische Sowjetunion Stalins im Rücken, die die Bestrebungen dieser Bewegung, ein Volksbegehren in ganz Deutschland über den Willen zur Einheit durchzuführen, voll unterstützte. Während dieses Volksbegehren im Mai/Juni 1948 in der sowjetisch besetzten Zone auch mit überwältigendem Erfolg stattfand, wurde es in den drei Westzonen von den Westmächten verboten. Vor allem der USA-Imperialismus hatte schon lange Kurs auf die Gründung eines westlichen Spalterstaates genommen. Entsprechend ging er in der Währungsfrage vor. Während die auf Drängen der Sowjetunion zustandegekommenen Verhandlungen einer Kommission für eine einheitliche Währungsreform sich einer Einigung der Fachleute aller vier Besatzungsmächte näherte, wurden wilde Gerüchte ausgestreut, die Sowjetunion hätte bereits neues Geld an die Banken in ihrer Besatzungszone ausgegeben. Damit wollte man verdecken, daß die DM-Noten für die Westzonen bereits gedruckt waren und auf einem Schiff in Bremerhaven gelagert waren.

Die Kommission legte ihren Entwurf vor, doch die Westmächte boykottierten den Kontrollrat der Vier Mächte, der diesen Entwurf hätte beschließen müssen. Am 19. Juni 1948 verkündeten dann die Westmächte das Gesetz über die separate Währungsreform und besiegelten damit die Spaltung Deutschlands!

Es stand im „Roten Morgen“

In Nr. 19/78 berichtete der RM: Drei Düsenjäger der Bundeswehr durchbrechen über der schwäbischen Stadt Rain die Schallmauer und hinterlassen in dem Ort eine breite Spur der Zerstörung.

Jetzt — sechs Wochen nach diesem Vorfall — geschieht es wieder: Ein Düsenjäger vom Typ Eagle F-15 donnert über den Raum Günzburg/Leipheim. Die tieffliegende Maschine durchbricht die Schallmauer. Das Ergebnis: Eine gewaltige Druckwelle zertrümmert wie mit unsichtbarer Faust unzählige Fensterscheiben. Die Höhe des Schadens ist noch nicht abzusehen. Absehbar aber ist: Nach dem Willen der Bundeswehr soll dieser Terror weitergehen. Denn — so erklärte das Bonner Kriegsministerium zu den Vorfällen, die beide Male von Maschinen aus dem Fliegerhorst Neuburg verursacht wurden — „Ein unbeabsichtigtes Durchbrechen der Schallmauer ist somit immer möglich.“

••••

In Nr. 19/78 berichtete der RM: In skandalöser Weise wird in der bayrischen Gemeinde Ismaning die Bekämpfung einer Ruhr-Epidemie verschleppt.

Inzwischen hat sich die Ursache für die Seuche herausgestellt. Der Gemeinde-Ingenieur hatte Wasser aus einem Absenkschacht in das Wasserreservoir gepumpt. Noch immer werden in Ismaning Neuerkrankungen gemeldet. In der letzten Woche wurden 300 Bakterienausscheider registriert.

••••

In Nr 24/78 berichtete der RM: Josef Friedinger, CSU, ehemaliger KZ-Aufseher in Dachau und Mitglied des berüchtigten „1. SS-Totenkopfregiments“ wurde Bürgermeister der Gemeinde Grafrath, Landkreis Fürstenfeldbruck.

Auf die breite Protestwelle und die Forderungen nach Absetzung des SS-Mannes reagierten die Herren von der CSU im Rat von Grafrath auf ihre Weise: Das Ganze sei eine „Hexenjagd, die an Hysterie grenzt“. Friedinger sei 1932 arbeitslos gewesen und hätte deshalb zur SS gehen müssen, die ihm Arbeit geboten hätte. Der stellvertretende Bürgermeister von Grafrath, Max Huber, gab eine Erklärung ab, nach der ein Rücktritt seines Chefs „rechtlich nicht vertretbar ist“. Huber selbst hat auch eine einschlägige Karriere hinter sich. Er war NSDAP-Kreisleiter von Brüx in der von den Hitler-Faschisten besetzten Tschechoslowakei.

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Zum Tode von Helmut Schlaudraff

Herolds Leibwächter knallte ihn nieder

Helmut Schlaudraff wurde am 13. April 1977 erschossen. Während die Bonner Politiker an diesem Tage am Grabe Bubacks gegen die „Sympathisanten des Terrors" hetzten, demonstrierte der Scharfschütze und Leibwächter des BKA-Chefs, Peter Biesterfeld, wer in diesem Staat tatsächlich Terror gegen die Werktätigen ausübt: die Kommandos der Polizei.

Erinnern wir uns, was kurz nach dem Todesschuß in der Presse zu lesen war: „Eine Häufung von Viehdiebstählen in den vergangenen Wochen hatte die Polizei zum Anlaß genommen, Weidekoppeln mit Schafen verstärkt zu beobachten... Da Tage zuvor ganz in der Nähe 22 Schafe getötet und entwendet worden waren, glaubte die Polizei, die Viehdiebe auf frischer Tat ertappt zu haben." Dieses Märchen von dem vermeintlichen Viehdiebstahl und der angeblichen Jagd auf einen Viehdieb hat sich nun als ein übles Täuschungsmanöver der Polizei entlarvt.


Vor diesem Haus in Oberseelbach wurde Helmut Schlaudraff erschossen.

Der Polizist Peter Biesterfeld, der jetzt in Wiesbaden vor Gericht stand, war keineswegs zur Beobachtung von Weidekoppeln eingesetzt. Der Polizist, Mitglied des Scharfschützenkommandos, bewachte als Leibwächter das Haus des BKA-Chefs Herold am Waldrand der Taunusgemeinde Engenhahn. Und der Schafzüchter Schlaudraff, der durch Zufall in die Nähe des Hauses kam, weil er drei Schafe abholen wollte, ist in das Netz der „Terroristen"-Fahnder geraten!

Der Scharfschütze Biesterfeld und sein „Kollege" ließen das Kennzeichen von Schlaudraffs Anhänger überprüfen. Antwort: Der Halter ist „polizeibekannt". Und das reichte diesem Killerkommando. Als Schlaudraff den Anhänger ankuppelte und davonfuhr, nahmen die Polizeibeamten im Zivilauto die Verfolgung auf und hielten das Auto in Oberseelbach an. Schlaudraff wird niedergemäht. Die Polizisten führen seinen 16jährigen Lehrling in Handschellen ab. Frau Winsche, die Bekannte des Schafzüchters, wird mit blutverschmiertem Mantel abtransportiert. Beide Bekannten des Erschossenen werden nach Idstein geschleppt, zunächst in einen dunklen Raum gesperrt, anschließend zwei Stunden von der Kripo verhört. Dann bringt man sie zur Kripo in Wiesbaden, verhört sie wieder — bis zum frühen Morgen. Der Lehrling wird ausgefragt, ob er ein Terrorist sei, ob er Verbindung zu Anarchisten habe usw. Telefonieren oder Anwälte benachrichtigen dürfen sie nicht. Man klärt sie nicht über ihr Recht auf, die Aussage zu verweigern.

Es ist offensichtlich, es ging hier nicht um einen „Viehdieb". Die Leibgarde des Bundeskriminalamt-Chefs glaubte, „Terroristen" zu verfolgen! Und für diesen Fall haben diese Sonderkommandos offenbar den Einsatzbefehl „Feuer frei"! Nur war es dieses Mal nicht einer jener Mitglieder der RAF, die durch Steckbrief an jeder Litfaßsäule zum „Abschuß" freigegeben sind. Es war ein einfacher Schafzüchter und Landwirt. Dem das passierte, was jedem von uns geschehen kann. Daß man durch Zufall an dem Eigenheim eines Herrn Schmidt, Kohl oder Strauß vorbeikommt, daß man durch Zufall in der Nähe eines durch Gorillas bewachten Kapitalisten oder hohen Beamten gerät.

Typisch ist, daß die Behörden von Anfang an diese Tatsache zu verschleiern versuchten. Der Polizist Biesterfeld wurde sofort als angeblich „durch den Schock vernehmungsunfähig" bezeichnet. Aber nicht nur dieser Polizist, auch sein Begleiter, die Polizeidienststellen und das Innenministerium schwiegen sich aus. Stattdessen verbreiteten sie eine Lüge nach der anderen über Schlaudraff, um sich reinzuwaschen. So hieß es, Schlaudraff sei „impulsiv", er habe schon einmal Streit mit einem Förster gehabt, er habe in seinem Handschuhfach eine Gaspistole gehabt. Dunkle Andeutungen, um dem Opfer auch noch die Schuld an seinem Tod in die Schuhe zu schieben!

Gerade die Vernehmung des Todesschützen Biesterfeld aber zeigte, daß dieser Mensch keineswegs von dem Tod Schlaudraffs „geschockt" war. Im Gegenteil. Als das Gericht ihm vorsichtig vorhielt, er habe gewisse Formfehler im Umgang mit der Waffe begangen, er habe nicht geprüft, ob die Waffe gesichert war, er habe den Zeigefinger direkt am Abzugshahn gehabt und die Kontrolle allein anstatt mit seinem Kollegen gemeinsam durchgeführt, antwortete dieser Polizist, solche Vorschriften seien schlichtweg „praxisfern". Daß er die Maschinenpistole direkt auf Schlaudraff gerichtet habe, um „einzuschüchtern", sei nach wie vor richtig gewesen. Man müsse so vorgehen, sonst „würde man als Polizist heute kaum noch überleben". Diese zynische Rechtfertigung zeigt deutlich, welcher Geist in der Polizei hochgehalten wird. Denn dieser Herr Biesterfeld ist nicht etwa nur Gorilla des Herrn Herold, sondern auch noch Schießausbilder der Polizei!

Den Todesschuß selbst vertuschte Biesterfeld: „Da gab es einen Ruck am Auto, und es löste sich aus meiner Waffe ein Schuß." Aus einer Maschinenpistole, die nicht gesichert war, die Biesterfeld direkt auf den Kopf richtete, den Finger am Abzug. Das war kein Zufall. Das war die „Behandlung", die diese Killerkommandos für angebliche „Terroristen" vorsehen! „Feuer frei!" Und die „Terroristen" mußten dann auch herhalten, um Biesterfelds Todesschuß an einem Werktätigen zu „entschuldigen". Das Gericht hielt dem Polizisten die „Hektik der Terroristen-Fahndung zugute" und sprach drei Monate auf Bewährung aus!

Drei Monate auf Bewährung für das Erschießen eines unschuldigen Menschen! Eine kaum vorstellbare Ungeheuerlichkeit! Da bekommen Werktätige, die in der Bundesbahn „schwarzfahren", sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung, da wird ein Schüler, der schwänzt, zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, da wird ein Zechpreller über 65 Tage in Haft gehalten. Und ein Todesschütze in Uniform? Bewährung! Der Form nach drei Monate! Der Richter meinte zum Schluß: „Das Urteil bedeutet für den Angeklagten sicher eine Erleichterung seines Gewissens!" Ja, das ist es, eine Erleichterung für alle Killer in Uniform, skrupellos Menschen niederzuschießen, mit der Waffe in der Hand die Bevölkerung zu terrorisieren!

Filbinger zeigt KPD/ML an

War Filbinger etwa kein „Nazirichter"?

Datum der Anklageschrift: 29. Mai 1978. Aufgrund eines Strafantrags von Filbinger erhebt die Staatsanwaltschaft Bochum Anklage gegen ein zentrales Flugblatt der KPD/ML. Und das Vergehen? „Auf der Vorderseite der Druckschrift wird der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg als ‚Nazirichter Filbinger' beschimpft." Kaum zu glauben — aber wahr!

War etwa Filbinger kein Nazirichter? Dieser laut Gerichtsurteil „furchtbare Jurist", der schon als Jurastudent öffentlich triumphierte: „Erst der Nationalsozialismus schuf die geistigen Voraussetzungen für einen wirksamen Neubau des deutschen Rechts." War etwa der Marinerichter Filbinger kein Nazirichter, als er auf blutige Weise durchführte, was er schon als Student propagierte, „Schädlinge am Volksganzen unschädlich zu machen"? Dieser Marinerichter, der noch 1945 persönlich die Vollstreckung einer Hinrichtung beantragte und überwachte. Dieser Filbinger, der noch drei Monate nach Hitlers Tod in englischer Kriegsgefangenschaft einen Soldaten mit Todesstrafe bedrohte. Der beklagte, es könne bald ein Gericht eingesetzt werden, das nicht nach „nationalsozialistischen Grundsätzen urteilt"!

„Filbinger war Nazi und handelte als Nazi, Nazi von der Sorte, wie es sie auch ohne Hitler in Deutschland gegeben hätte. Er führte sogar noch Befehle aus, als er gar keine mehr bekam." Dieses vernichtende Urteil fällte sogar der „Spiegel" in seiner letzten Ausgabe. Und die Tätigkeit Filbingers als Ministerpräsident zeigt deutlich, daß dieser Herr seine faschistische Vergangenheit keineswegs überwunden hat. Denken wir nur an den Polizeiüberfall auf die Bauern inWhyl, auf die Studenten in Heidelberg, an die zahllosen Berufsverbote in Baden-Württemberg, die eben dieser Herr Filbinger zu verantworten hat.

Daß Filbinger jetzt mit Hilfe der Staatsanwaltschaft der KPD/ML verbieten will, ihn als „Nazirichter" zu bezeichnen, zeigt deutlich, wie die Verhältnisse in diesem Staat sind: Nazis wie Filbinger sitzen in Amt und Würden, brüsten sich mit ihrer „demokratischen Gesinnung" — und Antifaschisten oder Kommunisten, die Nazirichter als Nazirichter bezeichnen, werden verfolgt und unterdrückt. Dieser Strafantrag Filbingers ist ein Angriff auf jeden Antifaschisten, der sich nicht die Wahrheit verbieten lassen will. **Weg mit Filbinger! Weg mit dem Strafantrag!**

Gewaltsamer Tod in der Polizeizelle

Wieder starb ein Mensch in einer Zelle des Dortmunder Polizeipräsidiums. Erst eineinhalb Jahre ist es her, daß dort der griechische Arbeiter Ioannis Batos tot aufgefunden wurde. Jetzt war es der 58jährige Rentner Willi Sewering. Die Vorgeschichte: Ein Taxifahrer hatte den Mann leblos auf der Straße liegend aufgefunden. Ein benachrichtigter Arzt hatte ihn „zum Zwecke der Ausnüchterung" in die Polizeizelle einweisen lassen. Am folgenden Tag wurde Willi Sewering tot aufgefunden. Die Obduktion ergab: Hirnlähmung nach einem Schädelbruch.

Noch ist unbekannt, ob sich der Rentner seine schweren Verletzungen vor der Einlieferung oder in der Zelle zugezogen hat. Fraglich ist auch, ob die genauen Umstände seines Todes überhaupt jemals ans Tageslicht kommen. Tatsache ist in jedem Fall: Willi Sewering könnte noch leben. Denn auch wenn er sich den Schädelbruch schon vor der Einlieferung zugezogen hat, wäre die Hirnlähmung zu verhindern gewesen, hätte man ihn in ein Krankenhaus und nicht in eine Polizeizelle eingewiesen.

Totschläger in Polizeiuniform

Handfester Familienkrach, es geht hoch her, die Fäuste fliegen. Was tun? Eine Streife holen, damit Polizisten die Kampfhähne beruhigen? Bloß nicht! So etwas kann heute tödlich ausgehen. So geschehen in Schwerte, wo der Polizeihauptmeister Herbert B. zu einer Familie gerufen wurde. Als er ankam, war der Familienkrach längst beendet. Aber B. — Landesmeister der Polizei — schlug mit einem gewaltigen Faustschlag den 49jährigen Arbeiter Mustafa Kortan einfach tot. Und was ist mit dem Killer geschehen? Sitzt er im Gefängnis? Weit gefehlt. Ein Gericht belohnte ihn letzte Woche mit 18 Monaten auf Bewährung. Begründung: B. hätte in Angst und Beklemmung gehandelt. Der Hauptmeister tut jetzt in Dortmund Dienst. Bereit für den nächsten Einsatz...

Verbot palästinensischer Organisationen

1972 wurden die Generalunion palästinensischer Arbeiter (GUPA) und die Generalunion palästinensischer Studenten (GUPS) in der Bundesrepublik verboten. Angebliche Mitglieder dieser Organisationen wurden in brutalen Nacht- und Nebel-Aktionen verhaftet und ausgewiesen, teilweise direkt in die Kerker des israelischen Gangsterstaates. Jetzt hat in der letzten Instanz das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin das Urteil bestätigt. Die skandalöse Begründung: GUPS und GUPA hätten die „terroristischen Aktionen" der palästinensischen Befreiungsbewegung unterstützt. Für die Richter dieses Staates ist der gerechte Kampf des palästinensischen Volkes Terrorismus, und die beiden Organisationen der in unserem Lande lebenden Palästinenser werden für illegal erklärt, weil sie an der Seite des Volkes stehen. Dieses Terrorurteil wirft ein bezeichnendes Licht auf die wirklichen Positionen des Bonner Staates, dessen Diplomaten am laufenden Band heuchlerische Erklärungen für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes abgeben.

Prozeß gegen Agit-Drucker

In der letzten Woche begann in Westberlin der Prozeß gegen vier Drucker des Agit-Druck-Kollektivs. Seit sieben Monaten schon in Untersuchungshaft werden sie jetzt nach den Terror-Paragraphen 129a („Unterstützung terroristischer Vereinigungen") und 88a („Befürwortung von Gewalt") angeklagt. Vorgeworfen wird ihnen, daß sie das sogenannte „Info-Bug" gedruckt haben, ein Informationsblatt, das neben Hunderten von Beiträgen und Erklärungen politischer Gruppen auch Hungerstreikerklärungen der RAF veröffentlicht hat.

Vor dem Prozeß erschien im Westberliner „Tagesspiegel" eine große Anzeige über eine dreiviertel Seite mit einer Protesterklärung gegen den Prozeß, die Hunderte von Unterschriften trug. Während des ersten Verhandlungstages gab es vor dem Gerichtsgebäude Protestkundgebungen. Der Prozeß gegen die Agit-Drucker ist einer der bislang weitreichendsten Angriffe gegen die Presse- und Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik und Westberlin.

Faschistische Provokation verhindert

Auch in Tübingen wurden am 17. Juni die faschistischen Banden aktiv. Die Gruppe HTS, die enge Verbindungen zu der paramilitärischen Hoffmann-Truppe unterhält, wollte symbolisch einen Gedenkstein für die „Opfer des 17. Juni" enthüllen. 50 bis 100 Polizisten wurden aufgeboten, um diese Provokation abzusichern. Aber 200 Antifaschisten hatten sich eingefunden, um den Provokateuren ihre Feier zu verderben. Mit lauten Sprechchören übertönten sie den faschistischen Spuk, so daß es den HTS-Leuten nicht gelang, ihre Hetzparolen an den Mann zu bringen.

Westberlin: Sippenhaft

Bei einer Kundgebung der RHD für den Genossen Reinhold H., der wegen angeblicher Beleidigung der Kontaktbereichsbeamten ,(KOBs) verurteilt worden war, wurden Reinholds Frau Roswitha und zwei Passanten willkürlich von der Polizei festgenommen. Roswitha wurde, obwohl sie während der Kundgebung — wie selbst Polizeibeamte zugeben mußten — auf einer Mauer in der Nähe gesessen hatte, für Flugblätter verantwortlich gemacht, die sie gar nicht verteilt hatte. Ergebnis: 1.200 Mark Geldstrafe wegen „Beleidigung". Die unglaubliche Begründung des Urteils: „Die Angeklagte H... hat als Ehefrau des Reinhold H...., zu dessen Gunsten die Aktion durchgeführt wurde, durch ihre bloße Anwesenheit und ihren Protest gegen die Beschlagnahme des Plakatständers dem Aufsteller dieses Ständers sowie den die Wirkung dieses Plakats verstärkenden Flugblattverteilern Unterstützung und bei der Tatausführung durch ihre solidarische Haltung mehr Sicherheit gegeben."


Der KOB muß weg! Szene aus einer Pantomime des Westberliner AP-Trupps „Roter Pfeffer".

Die Herren machen sich schon gar nicht mehr die Mühe, eine direkte Beteiligung an der Protestkundgebung zu konstruieren. „Bloße Anwesenheit", „solidarische Haltung" genügen schon. Das ist Sippenhaft! Weg mit diesem Terrorurteil!

Berufungsverhandlung: 30. 6. 78 um 9 Uhr, Landgericht Moabit (Saal 101), Turmstraße.

Westberlin: NPD-Parteitag

Zu einem Parteitag haben die Faschisten der NPD sich in Westberlin zusammengerottet. Angesichts dieser Provokation und der breiten Proteste sahen sich sogar die westlichen Alliierten gezwungen, die Veranstaltung zu verbieten. Wie ernst es ihnen damit war, sieht man jedoch an der Tatsache, daß die Faschisten sich über das Verbot einfach hinwegsetzten und ihren Parteitag durchziehen konnten. Auch die Westberliner Polizei wußte von dieser Veranstaltung, ohne daß sie es für nötig befunden hätte, dagegen einzuschreiten.

VOLKSKORRESPONDENTEN BERICHTEN

Ein Strafverfahren, das Bände spricht

Volkskorrespondenz aus Düsseldorf

Realschule Düsseldorf-Oberkassel: Ein Mann wartet am Ausgang des Schulgebäudes; er trägt einen Fotoapparat bei sich. Endlich ertönt der Pausengong und die Schüler strömen heraus. Sofort tritt der Fremde auf einige der Schüler zu und spricht sie an. Es entwickelt sich eine kurze Diskussion, und dann ist man sich einig: Die Schüler erklären sich einverstanden, mit Kreide Hakenkreuze auf ihre Schultaschen malen zu lassen. Der Fremde fotografiert schließlich die derart „verzierten" Taschen.

Jetzt läuft ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gegen den Fotografen wegen „Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen". Der Staat als Wächter gegenüber neofaschistischer Propaganda? Das wäre ja ganz was Neues! Aber weit gefehlt.

Bei dem Angeklagten handelt es sich um den Fotografen Michael M., der im Auftrag einer Gewerkschaftsjugendzeitung eine Dokumentation über neofaschistische Tendenzen zusammenstellen wollte. Zu diesem Zweck hatte er einige gestellte Fotos gemacht, darunter auch die mit den Schultaschen.

Hier zeigt sich doch ganz deutlich, mit welcher Niederträchtigkeit der Staat gegen all jene vorgeht, die etwas gegen die ständige Zunahme faschistischer Aktivitäten unternehmen (wenn auch, wie hier, mit wenig geeigneten Mitteln, denn zur bildlichen Dokumentation über neofaschistische Tendenzen bedarf es längst keiner gestellten Fotos mehr).

Da bekommt einer, der das Neonazitum anprangern will, ein Verfahren angehängt, und das ausgerechnung wegen „Verbreitung faschistischer Propaganda". Welch ein Hohn!

Und das gerade in dieser Stadt, wo sich seit Jahren der Majdanek-Prozeß hinschleppt; wo die wegen hunderttausendfachen Massenmordes Angeklagten nicht etwa hinter Gittern sitzen, sondern frei herumlaufen, von den Richtern mit einer geradezu unvorstellbaren Zuvorkommenheit behandelt werden und vor den Mikrofonen des WDR verbreiten lassen können, es habe gar keine Konzentrationslager gegeben und die Massenmorde seien nur erfundene Schauermärchen.

Und wann wäre denn schon einmal ein Staatsanwalt gegen die faschistische Propaganda, die uns täglich in Kinos oder in den Schundheften an den Kiosken angeboten werden, eingeschritten?

Nein, ihr Herren Richter und Staatsanwälte! Wir nehmen euch euer scheinbar antifaschistisches Getue nicht ab! Zu gut sind uns noch die letzten Wochen in Erinnerung, wo allein in Düsseldorf dreimal die Neofaschisten auftreten konnten und unter dem Schutz Hunderter schwerbewaffneter Polizisten ihre faschistische Propaganda hinausschreien durften.

Übrigens: Als die Herren im DGB-Haus von dem Vorfall um den von ihnen beauftragten Fotoreporter erfuhren, waren sie zutiefst erschrocken und sofort bereit, das ganze Unternehmen mit der Dokumentation zurückzupfeifen.

Es ist alles schon mal dagewesen

Volkskorrespondenz aus Herne

Die Stadt Herne bringt die Zeitschrift „Unsere Stadt" heraus. Im letzten Heft stand ein Artikel „Der Brief aus der Büchse": Städtische Arbeiter fanden Anfang dieses Jahres am Ostbachteich in Herne bei Bauarbeiten im Rahmen der „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme" eine Dose, in der ein handgeschriebener Aufruf der „Freiwilligen" des Lagers Gysenberg (Arbeitsdienst der NSDAP, Abtlg. 7/205), eine Ausgabe einer faschistischen Zeitung und ein Foto des damaligen Reichsarbeitsführers Konstantin Hierl lagen.

Sicher ist es Zufall, daß gerade arbeitslose Arbeiter im Rahmen einer „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme" auf die Zeugnisse des Vorläufers der Bonner Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stießen. Kein Zufall aber ist: Damals wie heute sind es Männer aus der Arbeiterklasse, die arbeitslos sind und deren Notlage schamlos ausgenutzt wird. Einen winzigen Unterschied gibt es aber doch zwischen früher und heute: Heute gibt es — noch — ein paar Mark für diese Notstandsarbeiten — und es geschieht in der „sozialen, freiheitlichen Bundesrepublik" ... wer's nicht glaubt, kann ja mal die Arbeiter fragen, die die Dose gefunden haben und sagten: „Es ist alles schon mal dagewesen!"

Veranstaltung der „Front gegen Reaktion und Faschismus"

Bremen-Osterholz: 30. Juni um 19.30 Uhr, Gaststätte „Weidenhöfer" (im Bühnensaal), Grenzwehr. **Thema:** „Freispruch für alle Antifaschisten!"

Veranstaltung der GFA

Hildesheim: 29. Juni um 20 Uhr, Haus der Jugend, Raum 10, Steingrube 18. **Thema:** „Rolle der Gewerkschaften."

Veranstaltung der KPD/ML

Freiburg: 30. 6. um 20 Uhr, Gasthaus „Zur Eiche". **Thema:** „Kontaktbereichsbeamte".

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
- ○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Warnung!

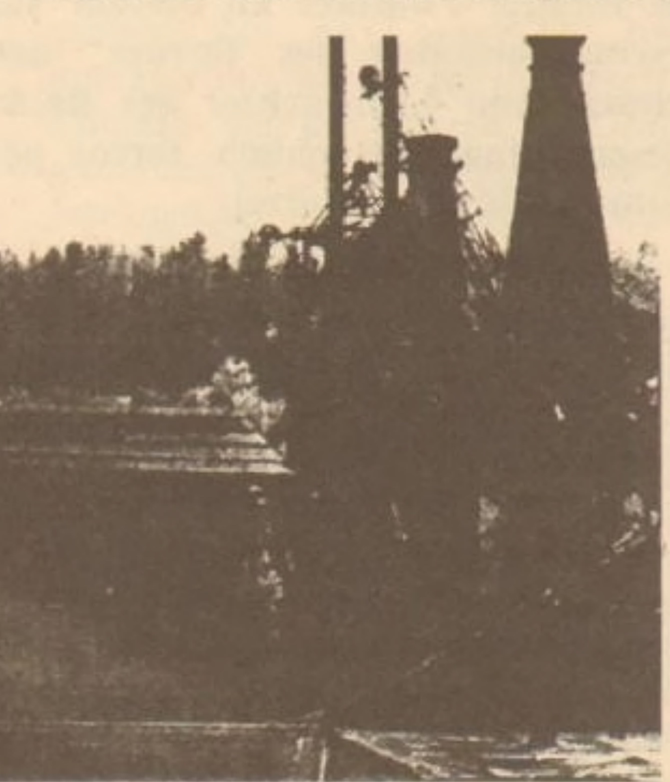
Terroristen auf der Schwäbischen Alb!

Volkskorrespondenz aus Schwäbisch Gmünd

„Tief geduckt pirscht sich einer nach dem anderen an den baufälligen Schuppen heran — die MP im Anschlag: junge Männer in alten Klamotten. Da stürzt einer zur Tür, reißt sie auf, wirft sich zwei, drei Meter gegen eine Brüstung und schon peitscht ein Feuerstoß aus der MP.

Kalk rieselt vom Dachgebälk, der Boden staubt. Aber dies war erst der Anfang. Unter gegenseitigem Feuerschutz arbeiten sich auch die anderen näher an das angenommene Ziel heran: bewaffnete Rechtsbrecher, die sich im Kalkwerk bei Neresheim verschanzt haben sollen. Die durchlöcherten Pappkameraden an der rückwärtigen Front der Fabrikhalle beweisen danach — in diesem Fall hätten die hier Verschanzten wohl kaum eine Chance gehabt."

Diesen Kriegsbericht schrieb ein Gmündner Redakteur der „Tagespost". Es handelte sich um eine Übung des Sonderkommandos der Aalener Polizei im Kalkwerk Neresheim.

Bürgerkriegsübung des Sonderkommandos der Aalener Polizei am Neresheimer Kalkwerk.

So bekam auch die hinterste Provinz, der Ostalbkreis, seine „kleine GSG 9", die am 30. Mai den Personen- und Objektschutz übte. Was ist geschehen? Hat sich die RAF auf die Ostalb zurückgezogen? Sollte Oberbürgermeister Schoch entführt werden? Mitnichten!

„Politische (!) Rechtsbrecher" gäbe es überall. Sicher, da hat Kriminaloberrat Martin recht. Da sind z. B. die Kollegen, die im letzten Jahr „wild" auf der Ostalb streikten oder die Jugendlichen, die letztes Jahr in Schwäbisch Gmünd ein Haus, das sie als Jugendzentrum wollten, besetzten, da ist auch die KPD/ML. Solche „politischen Rechtsbrecher" gibt es heutzutage überall. Deshalb braucht auch die Ostalb ihre „kleine GSG 9".

Und deshalb meint auch Kriminaloberrat Martin, „daß an Munition bei der Polizei nicht mehr gespart werden muß und die Zeiten glücklicherweise der Vergangenheit angehören, in denen lediglich 30 Schuß pro Kopf und Jahr abgefeuert werden durften."

Nieder mit dem Polizeiterror!
Nieder mit den Terroristen in Uniform!

Jesaja 41, Vers 24

Volkskorrespondenz aus Schleswig

In der hiesigen Zeitung „Schleswiger Nachrichten" fand ich am 26. 4. 78 einen Leserbrief, der folgende kleine Begebenheit bei der Kommunalwahl schilderte:

Ort: eine Gastwirtschaft in einem Dorf in Angeln (Schleswig-Holstein)

Zeit: Mittwoch nach der Wahl

Auf der Theke liegt ein älteres Buch. Die Wirtin erklärt: „Ob Sie es glauben oder nicht, es handelt sich um die Bibel. Ja, sie wurde am Abend nach der Wahl zur Feststellung der Wahlergebnisse benötigt." Dann erzählte sie den Vorfall, der sich wie folgt, abgespielt hat: Nachdem um 18 Uhr die Schließung des Wahllokals erfolgt war, begaben sich der Wahlvorstand und die Beisitzer an die Auszählung de abgegebenen Stimmen. Da fiel einem von ihnen ein Stimmzettel in die Hand, der für ungültig erklärt werden mußte, weil alle Kandidaten gestrichen waren und dafür handschriftlich eingesetzt war: Jesaja 41, Vers 24.

Nun war guter Rat teuer, denn was steht da geschrieben? Man ging in die Gaststube und sprach zur Wirtin: „Lisbeth, hem je in Bibel in't Hus?" „Wat nu denn, wat wüllt ji dormit?" „De bruggen wi, sonst kunnt wi dat amtliche Wahlergebnis nich faststellen."

Die Wirtin hatte eine Bibel im Haus, sie wurde geholt und die betreffende Stelle aufgeschlagen. Und was stand dort zu lesen? — „Siehe, Ihr seid aus nichts und euer Tun ist auch aus nichts und Euch wählen ist ein Greuel."

Sicher habt Ihr und viele andere ebensolchen Spaß an der Geschichte wie ich, ist sie doch ein humorvoller Ausdruck der Stimmung vieler „Staatsverdrossener". Und was die amtlichen Wahlergebnisse betrifft, so hatte man den Eindruck, daß vielerorts mit „diesem Buch" gezählt wurde, hielten doch zahlreiche Ergebnisse allein rechnerischer Überprüfung nicht stand.

Uni Bochum:

Wir kämpfen für die Kindertagesstätte

Volkskorrespondenz aus Bochum

Seit etwa zehn Jahren gibt es an der Bochumer Universität eine Kindertagesstätte, in der 120 Kinder (von Säuglingen bis zu Schulkindern) ganztags von 29 Erzieherinnen und zwei Psychologen betreut werden. Für kapitalistische Verhältnisse ist diese Tagesstätte sogar ziemlich gut.

Seit das Akademische Förderungswerk Träger der Einrichtung ist, hat es nicht an Versuchen gefehlt, diesen „Unkostenfaktor" zu beseitigen. So war jedes Jahr die Finanzierung gefährdet, und nur durch den entschlossenen Widerstand der Eltern und des Personals konnte eine Schließung verhindert werden.

Die Kitag ist seit ihrem Bestehen in Baracken untergebracht, die jedes Jahr baufälliger werden. Als nun die benachbarten Baracken abbrannten, fiel den hohen Herren ein Argument ein: Sie entdeckten die „akute Brandgefahr". Sie tun so, als ob sie sich um das Leben der Kinder sorgten. Sie beteuerten natürlich, sie wollten eine gleichwertige Unterbringung sicherstellen, aber das war nur Taktik, um die Eltern und das Personal zu beruhigen. So wollte man erst die alte Mensa umbauen, aber selbst das war „zu teuer". Dann wollte man den Studenten in zwei Studentenheimen Gemeinschaftsräume wegnehmen, aber die wehrten sich zu Recht dagegen.

Auf mehreren Vollversammlungen verurteilten die Eltern und das Personal die Versuche, die Kitag zu schließen und forderten einen Neubau, den ein Architekt mit 1,4 Mio. DM veranschlagt hatte. Wenn man bedenkt, daß das Audimax, das nur zu Repräsentationszwecken gebraucht wird, 72 Mio. DM gekostet hat und daß mehrere Uni-Gebäude im Wert von zig Mio. DM leerstehen und als Bauruinen vergammeln, ist dieser Betrag ein Klacks. Aber trotzdem bekamen wir von Düsseldorf die Auskunft, daß für einen Neubau kein Geld da sei! Nun beschlossen wir, im Ernstfall die Kitag zu besetzen. Wir wandten uns an die Presse, die in den meisten Fällen nicht reagierte, und am Regierungsmai, wo der zuständige Wissenschaftsminister Rau sprach, erschienen wir mit Transparenten und Flugblättern, um gegen die drohende Schließung zu protestieren.

Nun waren wir den kapitalistischen Bonzen doch unbequem geworden und Rau versprach uns eine „befriedigende Lösung". Wer jetzt glaubt, ein Neubau würde genehmigt, hat weit gefehlt! Der Hort soll in einer Baracke bleiben (die im Prinzip nicht weniger brennbar ist), eine ebenfalls in dieser Baracke existierende Studentenkneipe soll geschlossen und umgebaut werden, und für 300.000 DM soll eine Baracke angebaut werden. Ferner soll der Kinderbestand auf 90 reduziert werden, weil angeblich genug Kindergartenplätze frei seien, und auch beim Personal soll „eingespart" werden! Falls wir das nicht annehmen, drohte man uns wiederum mit Schließung!

Selbst dieses Zugeständnis ist nur durch unsere Kampfbereitschaft erreicht worden. Auf der letzten Vollversammlung ist einstimmig beschlossen worden, diese „Lösung" nicht anzunehmen. Wir fordern:

Keine Einsparung von Plätzen!
Keine Reduzierung des Personals!
Mindestens so viel Fläche wie jetzt!

Viele von uns hatten noch Illusionen über den kapitalistischen Staat. Sie glaubten, man müsse nur mit den Herren reden, dann könne man sie überzeugen. Aber jeder neue Schritt der Verwaltung zeigt wieder: Nur durch Kampf lassen sich Erfolge erzielen, die Versprechungen der Bonzen sind keinen Pfennig wert!

So wird sich auch die Erkenntnis durchsetzen, daß im Kapitalismus die sozialen Belange des Volkes wie Kindergärten und Krankenhäuser immer an letzter Stelle stehen, und daß nur der Sturz des Kapitalistenstaates und die Errichtung der proletarischen Diktatur eine gesicherte Zukunft für unsere Kinder ermöglicht.

Ramiz Alia

Die „Theorie der drei Welten" — Opium für die Völker

Aus Anlaß des 100. Jahrestages der Gründung der Albanischen Liga veranstaltete das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens am 10. Juni in Tirana eine feierliche Festversammlung, bei der auch Genosse Enver Hoxha anwesend war. Die Festansprache hielt Genosse Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der PAA. Wir drucken im folgenden Auszüge aus dem internationalen Teil dieser wichtigen Rede ab. Nachdem Genosse Ramiz Alia die großen Gefahren analysiert hat, die aus der aggressiven und expansionistischen Politik des amerikanischen Imperialismus, des sowjetischen Sozialimperialismus und der mit ihnen vereinigten internationalen Bourgeoisie und Reaktion für die Völker entstehen, fuhr er fort:



Genosse Ramiz Alia

Deshalb lehrt uns die Partei, stets wachsam zu sein. Die Feinde des Sozialismus und der Völker sind brutal und hinterlistig, seien es die amerikanischen Imperialisten oder die sowjetischen Sozialimperialisten, die verschiedenen Reaktionäre, Bourgeoisie oder die Revisionisten. Um die Völker zu betrügen und irre zu führen und der imperialistischen Expansion den Weg zu bahnen, werden von vielen Seiten Versuche gemacht, das Schwarze als Weiß hinzustellen, den Feind als Freund auszugeben. Bekannt ist die Demagogie der amerikanischen Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten, mit der sie ihre aggressiven Untaten und ihre brutale Einmischung in das Leben der Völker als Sorge um den Frieden und die Sicherheit der Nationen hinstellen wollen:

Doch heute stehen die Völker auch in der Auseinandersetzung mit einer anderen Propaganda, die ebenso demagogisch wie zügellos ist, in der Auseinandersetzung mit den konterrevolutionären Thesen und Theorien, die die Rolle des Opiums spielen, mit dem der revolutionäre Geist der Völker eingeschläfert werden soll. Eine solche Theorie ist auch die „Theorie der drei Welten". Diese Theorie predigt, daß sich die Proletarier und die Völker mit der Bourgeoisie und mit dem Imperialismus vereinigen, daß sie sich mit der klassischen Reaktion und den bekannten Faschisten vereinigen, daß sie sich auch mit dem Teufel vereinigen, um angeblich die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen. Die „Theorie der drei Welten" versteckt sich hinter der Bedrohung durch den Hegemonismus des sowjetischen Sozialimperialismus, eine brutale und beständige Bedrohung, und fordert von den Völkern, daß sie sich nicht rühren sollen, daß sie nicht gegen die amerikanische Herrschaft und die Ausbeutung und die Unterdrückung durch die alten Kolonialisten kämpfen sollen, sondern daß sie den Status quo, ihre gegenwärtige elende Lage, erhalten sollen. Die Erhaltung des Status quo liegt im Interesse der verschiedenen Imperialisten und gereicht zum Nachteil der Revolution und des Befreiungskampfes der Völker.

Die „Theorie der drei Welten" hetzt zum Krieg

Die „Theorie der drei Welten" ist eine volksfeindliche Theorie. Im Gegensatz zu den Lebensinteressen der Völker, im Gegensatz zu Lenin, der die Kriegshetze ein Verbrechen genannt hat, weil die Völker den Krieg mit ihrem Blut bezahlen müssen, heizt die Pseudotheorie der „drei Welten" den Weltkrieg an, anstatt sich zu bemühen, die imperialistischen Kriegspläne zu zerschlagen. Sie schürt noch mehr das Wettrüsten zwischen den beiden Supermächten, als bedeute dieses Wettrüsten — die Herstellung der Neutronenbombe und die Erhöhung der Rüstungsetats der Militärblöcke — die Rettung für die Welt.

Die „Theorie der drei Welten" empfiehlt den Völkern, sie sollten sich auf den amerikanischen Imperialismus stützen, dessen Haltung, wie sie verkünden, mit ihren eigenen Predigten „übereinstimme" bzw. „identisch" sei. Was aber die Haltung des amerikanischen Imperialismus ist, das wissen die Völker allzu gut. Die amerikanischen Imperialisten sind wütende Antikommunisten, Verteidiger des kapitalistischen, neokolonialistischen Systems, Gendarmen der internationalen Reaktion. Sie kämpfen seit jeher mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften, um den Sozialismus zu zerschlagen, die Revolution zu ersticken, die Völker zu versklaven. Die Völker, die einfachen Menschen auf der Welt können nicht umhin zu fragen: Mit diesen Auffassungen und mit dieser Strategie des amerikanischen Imperialismus vereinigt sich die „Theorie der drei Welten"?

Einheitsfront mit der NATO und den Generälen der Wehrmacht?

Diese Theorie spielt sich als Meister der Verteidigung der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität der Völker auf. Praktisch vereinigt sie sich jedoch mit deren Feinden. Den Kampf um Freiheit, Unabhängigkeit und nationale Souveränität der Völker der sogenannten „Dritten Welt" betrachtet sie nicht als untrennbaren Bestandteil der Revolution, sondern als ein Gebiet, das für pragmatische und situationsbedingte Zwecke ausgenützt werden kann. Diese Haltung ist nicht im Sinne der Souveränität und des Befreiungskampfes der Völker. Sie dient der Erhaltung aller imperialistischen Ungerechtigkeiten, die auf ihnen lasten.

Mit ihren opportunistischen und antimarxistischen Predigten zur Vereinigung mit dem USA-Imperialismus, mit der internationalen Großbourgeoisie und den reaktionären Cliquen, angeblich im Namen der Bildung einer Einheitsfront, die ebenso absurd wie nicht zu verwirklichen ist, untergräbt die „Theorie der drei Welten", nicht nur die Revolution, sie ableugnet, sondern auch die Sache der Unabhängigkeit der Völker, die sie angeblich verteidigt. Wenn nach ihren Empfehlungen an dieser Front das Pentagon und die NATO, die Wall-Street und die Ölscheiche, die Generäle der Wehrmacht und die japanische Samurei, Strauß und Mobutu teilnehmen sollen, haben es die Völker nicht schwer, in dieser Front die antikommunistische und kolonialistische Front zu erkennen, gegen die jahrzehntelang ganze Generationen von Revolutionären und Patrioten in allen Ländern gekämpft und ihr Blut vergossen haben.

In einer Reihe mit Carrillo und Berlinguer

Die „Theorie der drei Welten", die sich als antirevisionistisch ausgibt, stellt sich in ihrer Haltung mit den reaktionären Cliquen und den Rechtskräften in eine Linie mit Carrillo, der, wenn im spanischen Parlament über eine neue Verfassung diskutiert wird, die Verteidigung der Monarchie und die Ablehnung der Forderungen nach Errichtung der Republik fordert. Diese Theorie liegt auf einer Linie mit den italienischen Revisionisten Berlinguers, die die flammendsten Verteidiger der bürgerlichen Ordnung und ihres polizeilichen Unterdrückerapparats sind. Mit diesen Revisionisten hat die pseudotheorie der „drei Welten" ihren Frieden gemacht. Auf diesem Weg kann sie sich eines Tages auch an den sowjetischen Revisionismus annähern und sich mit ihm vereinigen. Die Geschichte hat bewiesen, daß, wer eine antimarxistische, pragmatische und situationsbedingte Politik verfolgt, früher oder später denjenigen seinen Freund nennen wird, den er noch bis gestern als seinen Feind beschimpfte, wie das Nikita Chruschtschow tat.

Unsere Partei hat gekämpft und wird kämpfen, um sowohl die aggressive Politik und die Friedensdemagogie der amerikanischen Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten als auch die beiden Theorien zu entlarven, die die Sache der Revolution und die Befreiung der Völker sabotieren, wie dies bei der „Theorie der drei Welten" der Fall ist.

Keine Kraft der Welt kann uns vom Kampf für die große Sache des Kommunismus abbringen

Die Freiheit und die Unabhängigkeit, der Sozialismus und die Revolution können nur dann verteidigt und erfolgreich vorangetrieben werden, wenn man mutig und entschlossen gegen alle Feinde des Proletariats und der Völker, gegen die Imperialisten, seien es nun die amerikanischen oder sowjetischen, die neuen oder die alten Imperialisten, gegen die Revisionisten aller Schattierungen und gegen die Reaktionäre aller Länder kämpft, gegen all diejenigen, die die Völker und das Proletariat überlisten wollen.

Unsere Ahnen forderten vor hundert Jahren mit der Albanischen Liga von Prizren die vereinigten Feinde der albanischen Nation heraus. Diese Herausforderung war ein Ausdruck der Entschlossenheit, der Tapferkeit und des Muts des albanischen Volkes, unter allen Umständen zu kämpfen, sei es auch gegen alle, für seine Rechte, für seine Freiheit, für seine Unabhängigkeit und seine nationale Vereinigung.

Heute marschiert das freie und unabhängige Albanien, das von einer heldenhaften und weitblickenden marxistisch-leninistischen Partei geführt wird, an deren Spitze der geliebte und teure Sohn des albanischen Volkes, Genosse Enver Hoxha, steht, sicheren Schrittes auf dem Weg des Sozialismus. Es steht mit erhobenem Haupt und unerschütterlich vor den Feinden unseres Landes, der Revolution und des Marxismus-Leninismus. Und das ist so, weil es vom grenzenlosen Vertrauen in die eigene Kraft, in die Kraft der Völker und die Kraft des siegreichen Marxismus-Leninismus, in den Triumph der Revolution und in die Zukunft des Sozialismus beseelt wird. Das albanische Volk und seine PAA haben niemals irgendjemandem gedroht, aber sie haben auch vor niemandem Angst. Unser Volk und unsere Partei vermag keine Kraft auf der Welt, keine Drohung, keine Erpressung und keine Blockade vom gewählten Weg abzubringen, vom Kampf um die große Sache des Kommunismus.

(Zwischenüberschriften von uns)

Die Gründung der Albanischen Liga

Ein wichtiges Datum in der albanischen Geschichte

In der Sozialistischen Volksrepublik wird in diesen Tagen der 100. Jahrestag der Albanischen Liga gefeiert. Die albanische Liga war am 10. Juni 1878 in der Stadt Prizren gegründet worden. Für das albanische Volk ist der 10. Juni 1878 ein bedeutendes Datum, denn die Gründung der Albanischen Liga gehört zu den hervorragendsten Ereignissen in der Geschichte des albanischen Volkes.

Die Liga setzte sich aus Vertretern der verschiedenen Gegenden des Landes und der verschiedenen Bevölkerungsschichten zusammen. Sie kämpfte für die nationale Befreiung Albaniens, für seine Unabhängigkeit und Einheit. Ihre wichtigsten Programmpunkte waren: Anerkennung der albanischen Nation, ihrer Einheit und Unteilbarkeit. Wahrung der Unverletzlichkeit und der territorialen Einheit der verschiedenen albanischen Gebiete. Vereinigung aller albanischen Gebiete zu einem einheitlichen, selbständigen Nationalstaat. Wesentlicher Bestandteil des Programms der Albanischen Liga war außerdem der Kampf für eine demokratische, nationale Kultur, für die Anerkennung der albanischen Sprache, für die Einrichtung albanischer Schulen, für die Schaffung einer fortschrittlichen albanischen Literatur und Kunst.



Im Rahmen der Feierlichkeiten anläßlich des 100. Jahrestages der Gründung der Albanischen Liga ehrte das albanische Volk seine patriotischen Kämpfer: Abdyl Frasheri, Sulejman Vokshi, Mic Sokoli wurde der Titel „Held des Volkes" verliehen. Der Heroismus des albanischen Volkes in seinem Kampf ist in diesem Gemälde festgehalten: Der tapfere Patriot Mic Sokoli aus dem Bergland Nordalbaniens stellt sich mit seinem Körper gegen die Kanonenmündung türkischer Eroberer, um seine Kameraden zu schützen.

Die Albanische Liga kämpfte unter sehr schwierigen, komplizierten Verhältnissen. Albanien war damals noch immer von der Türkei annektiert. Der Kampf für die Befreiung vom osmanischen Joch, den das albanische Volk durch die Jahrhunderte niemals eingestellt hatte, erlebte einen neuen Aufschwung und verband sich mit dem Kampf der anderen, von der Türkei unterjochten Balkanvölker. Die europäischen Großmächte, vor allem Rußland und Deutschland, versuchten jedoch, den Balkan unter ihre Kontrolle zu bekommen. Albanien sollte weitgehend zwischen Bulgarien, Serbien, Montenegro und anderen, von den Großmächten abhängigen chauvinistischen Monarchien aufgeteilt werden.

Das albanische Volk erhob sich jedoch wie immer in seiner Geschichte einmütig zum Kampf für seine nationale Befreiung, Einheit und Unabhängigkeit. Die Albanische Liga gab diesem Kampf nicht nur Ziel und Richtung, sie war auch sein leitendes, organisierendes Zentrum. Gestützt auf die eigenen Kräfte, stellte sich das albanische Volk den mächtigen Feinden entgegen, die sich trotz der schweren Widersprüche zwischen ihnen gegen Albanien verbunden hatten.

Unter der Führung der Albanischen Liga erhob sich das albanische Volk mit dem Gewehr in der Hand zur Verteidigung seiner nationalen Interessen. Die von der Albanischen Liga geschaffene Armee von Freiwilligen kämpfte gegen die türkischen Armeen, gegen die Streitkräfte von Montenegro, Serbien und Griechenland und schließlich auch gegen die vereinte Flotte der europäischen Großmächte, die die albanischen Küsten blockierte, um das albanische Volk in die Knie zu zwingen.

In den Jahren des Kampfes der Albanischen Liga gab das albanische Volk ein glänzendes Beispiel für seine Freiheitsliebe und seinen Patriotismus, für seinen Haß auf alle Unterdrücker, für seine Entschlossenheit zum Kampf gegen alle Feind, für sein unbedingtes Vertrauen in die eigenen Kräfte. Als sich das albanische Volk unter Führung seiner kommunistischen Partei zum nationalen Befreiungskampf gegen die italienischen und deutschen Faschisten erhob, knüpfte es an dieses Erbe an und bereicherte es. Die Kämpfe, die das albanische Volk in der Vergangenheit für seine Freiheit und Unabhängigkeit geführt hat und unter denen der Kampf der Albanischen Liga einen hervorragenden Platz einnimmt, beflügelt das albanische Volk auch heute beim Aufbau des Sozialismus und der Verteidigung seines Vaterlandes.

Das sozialistische Albanien sieht sich auch heute zahlreichen, mächtigen Feinden gegenüber. Der amerikanische Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, die bürgerlichen, revisionistischen und reaktionären Mächte, sie sind es, die heute Albanien bedrohen. Ihr Ziel ist der Sturz der Diktatur des Proletariats und die Wiederherstellung des Kapitalismus in Albanien. Denn Albanien gibt der Arbeiterklasse und den Völkern aller Länder ein glänzendes Beispiel für die Lebenskraft des Sozialismus, für seine Überlegenheit über die kapitalistische Welt, in der Ausbeutung, Not und Unterdrükkung herrschen.

Aber geführt von der Partei der Arbeit steht das albanische Volk wie ein Fels in der Brandung, um die Komplotte der Feinde zunichte zu machen. Keine Macht der Welt wird das albanische Volk und seine Partei von dem Weg, den es geht, vom Aufbau des Sozialismus, vom Kampf für die große Sache des Kommunismus, abbringen können.

Aus aller Welt

Nordirland: Besatzer als Folterknechte entlarvt

In der vergangenen Woche legte die Organisation „Amnesty International" einen Bericht vor, in dem bestätigt wird, daß irische Patrioten systematisch in den Kerkern der britischen Besatzer gefoltert werden. Der Bericht enthält Beispiele über Verbrennungen durch Zigaretten, Schlafentzug, Schläge, Ausreißen von Haaren usw. Einem Gefangenen, dessen Fall untersucht worden war, hatten die Folterknechte den Rücken mit Sandpapier aufgerieben.

Diese Enthüllungen zeigen, daß die britischen Imperialisten vor keinem Mittel zurückschrecken, um die irischen Volksmassen zu unterdrücken und ihre Kolonialherrschaft über Nordirland aufrechtzuerhalten.



Konzentrationslager Long Kesh.

Türkei: Faschistischer Anschlag in Istanbul

In der vergangenen Woche feuerten faschistische Banditen in Istanbul aus einem fahrenden Auto in ein Café, das als Treffpunkt fortschrittlicher Studenten bekannt ist. Drei Studenten wurden bei diesem Anschlag ermordet, neun weitere verletzt. Dieses barbarische Attentat ist nur ein Beispiel unter vielen. Täglich sterben in der Türkei Werktätige unter den Kugeln faschistischer Gangster. Auch die vor einigen Monaten ans Ruder gekommene Regierung Ecevit hat diesem Terror kein Ende gesetzt.

Wie berichtet wird, hat jetzt der Generalstabschef der türkischen Armee die terroristischen Anschläge zu einer Gefahr für die Einheit des Staates erklärt und unverhohlen mit dem Eingreifen der Armee gedroht. Tatsächlich aber ist seit langem bekannt, daß die Militärs sehr enge Beziehungen zu den faschistischen Organisationen unterhalten und daß Armee und Polizei die Mörder stets gedeckt haben. Die Ankündigung des Generalstabschefs bedeutet nichts anderes als die Drohung mit der Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur, wie sie vor einigen Jahren in der Türkei schon einmal bestanden hat.

Südlibanon: Israel hält weiter Positionen besetzt

Der von den israelischen Besatzern angekündigte Rückzug aus dem Südlibanon hat sich als Farce erwiesen. Die zionistischen Einheiten haben sich zwar aus einigen Stellungen zurückgezogen. Sie haben diese Stellungen jedoch den faschistischen libanesischen Milizen des Majors Haddad übergeben. Diese Milizen, von den Israelis ausgerüstet und ausgebildet, hatten schon in der Vergangenheit die libanesischen und palästinensischen Werktätigen im Südlibanon mit Terror überzogen. Die israelischen Zionisten haben offenbar in den letzten Monaten die Kampfkraft dieser Banden erheblich verstärkt und wollen sie jetzt offen als Statthalter im Südlibanon einsetzen.

Der Kommandant der UNO-Truppen in dieser Region, General Erskine, hat unterdessen erklärt, er werde mit den faschistischen Banden zusammenarbeiten. Wieder einmal zeigt sich, daß die UNO-Truppen an der Seite der israelischen Besatzer und ihrer Handlanger stehen, daß ihr Einsatz gegen den gerechten Kampf des libanesischen und palästinensischen Volkes gerichtet ist.

Simbabwe: Massaker der Rassisten

Ein neues Verbrechen haben die rhodesischen Rassisten begangen. In einem Dorf nahe der Hauptstadt Salisbury landete mit Hubschraubern ein Trupp der rassistischen Armee. Die Soldaten eröffneten das Feuer auf die Dorfbewohner und ermordeten mindestens 22 von ihnen. Wie es bei ihnen üblich ist, gaben die Rassisten das Massaker als „Gefecht mit Terroristen" aus. Journalisten konnten jedoch am vorletzten Sonntag in dem Dorf die Leichen von Kindern sehen, die von Kugeln durchsiebt waren.

Dieses Massaker wirft ein bezeichnendes Licht auf die sogenannte „Übergangsregierung", die vor einigen Monaten in Salisbury aus der Taufe gehoben wurde. In dieser Regierung sitzen auch einige schwarze Reaktionäre wie der Bischof Muzorewa. Durch diesen Trick wollten die Rassisten den Eindruck erwecken, als sei das Volk von Simbabwe nun auch an der Macht beteiligt. Aber wie sich gezeigt hat, herrscht weiter der grausame faschistische Terror gegen das Volk. Und die Muzorewa und Co. haben sich noch deutlicher als das entlarvt, was sie wirklich sind: nämlich nicht Vertreter des Volkes von Simbabwe, sondern Marionetten der Rassisten.

Panama: Demonstrationen gegen Carter

Gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten Carter haben in der vergangenen Woche die Studenten der Universität Panama demonstriert. Carter hat Panama besucht, um die Kanalverträge zu unterzeichnen, die den amerikanischen Imperialisten die Kanalzone bis über das Jahr 2000 hinaus ausliefern. Reaktionäre Gruppen provozierten bei dieser Gelegenheit eine Schießerei, bei der zwei Studenten ums Leben gekommen und zehn verletzt worden sein sollen. Inzwischen ist die panamesische Nationalgarde in die Universität einmarschiert, um den gerechten Kampf der Studenten zu unterdrücken.

Spanien: Barrikaden in Tolosa

Am 11. Juni haben in Tolosa, einer Stadt im Baskenland, erneut große Demonstrationen stattgefunden, an denen sich Tausende von Werktätigen beteiligt haben. Die Demonstranten protestierten gegen den brutalen Terror, mit dem das monarchofaschistische Regime die Bevölkerung des Baskenlandes unterdrückt. Als die Polizei gegen die Demonstranten vorging, errichteten diese Barrikaden, und es kam zu langandauernden Straßenschlachten.

Zaire-Konferenz

Bonn als Kolonialherr in der Schatzkammer Afrikas

Das ist nackter, unverhüllter Kolonialismus: Auf ihrer Zaire-Konferenz haben die westlichen Imperialisten in der vergangenen Woche ganz offen das Kommando über die gesamte Wirtschaft des Kongo (Zaire) übernommen. Da wurde ein Beauftragter des Internationalen Währungsfonds als „erster Direktor" der Zentralbank des Kongo eingesetzt. Und dieser Mann — so konnte man es in der Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" lesen — wird niemand anderes sein als ein hoher Beamter aus Bonn.



Doch damit nicht genug. In das Finanzministerium von Kinshasa wird ein „Hauptdelegierter" der westlichen Imperialisten einziehen. Und in beiden Fällen werden die Herren auch ihre eigenen Stäbe mitbringen. Die gesamte Zoll- und Steuerverwaltung des Kongo, das Verkehrswesen und die Elektrizitätswirtschaft stehen schon jetzt unter dem direkten Kommando von „Experten" aus NATO-Ländern. Und die Truppen dieser Länder bzw. die von ihnen befehligte afrikanische Einsatztruppe bilden die eigentliche bewaffnete Macht im Kongo.

Damit haben die westlichen Imperialisten selbst den Schein einer sogenannten Unabhängigkeit des Kongo zerstört. Sie zeigen ihr wahres Gesicht: das von Kolonialherren, die daran gehen, die Reichtümer des Landes in noch größerem Umfang auszuplündern. Das faschistische Mobutu-Regime, vom CIA an die Macht gebracht, hat sich als unfähig erwiesen, eine reibungslose Ausplünderung zu garantieren. Also übernehmen die Experten aus den Chefetagen der internationalen Monopole und aus den Kanzleien ihrer Regierungen selbst die Sache. Dem jetzt eingesetzten „Hauptdelegierten" zum Beispiel unterstehen ab sofort alle verstaatlichten Unternehmen des Landes.

Natürlich ist die Konferenz, auf der all das beschlossen wurde, nicht ohne Schwierigkeiten über die Bühne gegangen. So wußte das „Handelsblatt" zu berichten, daß „die Beratungen zeitweise mit äußerster Härte geführt werden mußten". Denn wo es um einen so großen Brocken geht wie das Kupfer, die Diamanten, das Kobalt usw. des Kongo, den man die Schatzkammer Afrikas nennt, da ist der Streit der Imperialisten um die Beute natürlich groß. Die Ergebnisse der Konferenz zeigen zum einen, daß die amerikanische Supermacht weiterhin die führende Rolle im Kongo spielen wird. Sie zeigen weiter — wie es sich in der Ernennung eines Bonner Beamten zum Chef der Zentralbank des Kongo ausdrückt — daß die westdeutschen Imperialisten ihren Einfluß in diesem Land beträchtlich verstärken konnten. Schon heute haben die westdeutschen Monopole 80 Millionen Dollar im Kongo investiert. Und schon lange vor der NATO-Invasion in Shaba hatten sie sich in dieser Provinz ein riesiges, 100.000 Quadratkilometer umfassendes Gebiet für Raketenversuche gesichert, in dem sie — nach einem Vertrag mit dem Mobutu-Regime — die vollständige Hoheitsgewalt bis hin zur willkürlichen Vertreibung der ansässigen Bevölkerung ausüben können (auf der Karte gestrichelt eingezeichnet).

Vor einigen Wochen noch hatten die westlichen Imperialisten ihrem Eingreifen im Kongo einen „humanitären" Charakter zu geben versucht. Inzwischen sprechen sie schon selbst eine offenere Sprache. So Belgiens Ministerpräsident Tindemans, der dazu aufrief, „Europas Rohstoffquellen" nicht „unter die Kontrolle marxistischer Regime geraten" zu lassen. Es geht ihnen um die hemmungslose Ausplünderung Afrikas, um die Niederhaltung des gerechten Kampfes der afrikanischen Völker für wirkliche Unabhängigkeit. Die Werktätigen in unserem Land stehen in diesem Kampf an der Seite der afrikanischen Völker.

„UZ" lügt

Als im Kongo die Kämpfe zwischen den sogenannten Katanga-Gendarmen und den Fallschirmjägern aus Frankreich und Belgien tobten, schrieb das DKP-Organ „UZ", „daß Angola weder direkt noch indirekt etwas mit den Ereignissen in der Provinz Shaba zu tun hat". Ebenso energisch wurde stets jede kubanische und russische Beteiligung an den Kämpfen bestritten und der Eindruck erweckt, als handele es sich bei den Katanga-Gendarmen um eine im Kongo angesiedelte Befreiungsbewegung des Volkes gegen das faschistische Mobutu-Regime.

Inzwischen hat der kubanische Staatschef Castro selbst die westdeutschen Revisionisten Lügen gestraft. In Erklärungen, die er gegenüber Vertretern Washingtons abgab, bestätigte er,

- daß die Katanga-Gendarmen in Angola stationiert waren,
- daß er selbst von dem geplanten Vormarsch nach Shaba gewußt hätte, aber angeblich nicht damit einverstanden war.

„Peking Rundschau" über Jugoslawien

Lob für die Folterknechte

Die hier abgebildeten Textausschnitte stammen aus der „Peking Rundschau", dem deutschsprachigen Lügenblatt der chinesischen Revisionisten. Glaubte man diesen Ergüssen, dann wäre das heutige Jugoslawien ein wahres Völkerparadies, in dem sich die nationalen Minderheiten frei und glücklich entfalten können. Wie es aber wirklich aussieht im Jugoslawien unter der Herrschaft des Tito-Regimes, wurde von einigen Wochen schlagartig erhellt durch einen Brief, den Angehörige der albanischen Minderheit aus dem Zuchthaus Idrizovo schmuggelten.

Darin heißt es: „In diesem mazedonischen Gefängnis sind über 50 albanische politische Gefangene wegen schwerer Repressionen in den Hungerstreik getreten. Seit vier Wochen haben sie keinen Kontakt zur Außenwelt und werden täglich geschlagen. Die meisten von ihnen sind zu über zehn Jahren Haft verurteilt." Tatsächlich sind entgegen den chinesischen Lügen die Albaner — wie andere nationale Minderheiten auch — einer besonderen Unterdrückung durch die jugoslawischen Revisionisten ausgesetzt. Es ist bekannt, daß in der Vergangenheit die Truppen des Tito-Regimes regelrechte Straffeldzüge gegen die Albaner im Kossovo unternahmen, wo sie Dörfer niederbrannten und Tausende ermordeten.

Auch heute stehen die Rechte der Albaner in Jugoslawien nur auf dem Papier. Mit grausamem Terror gehen die Schergen Titos gegen jeden vor, der in Opposition zu seinem Regime steht. Tausende von Albanern sind eingekerkert, und es geht ihnen so wie den Gefangenen von Idrizovo. So heißt es zum Beispiel in einem Bericht aus dem Zuchthaus Sremska Mitrovica: „Nach dem Einschluß rückte eine ganze Pandureneinheit mit Knüppeln in den Bau ein. Sie gingen von Zelle zu Zelle und folterten einen Albaner nach dem anderen."

Und solchem faschistischen Terror verleihen die chinesischen Revisionisten die höchsten Weihen, indem sie das Regime, das ihn ausübt, als „sozialistisch" preisen. Aber das ist nur ein weiterer Hinweis dafür, daß die neuen Machthaber in Peking gewillt sind, in jeder Hinsicht in die Fußstapfen des Tito-Regimes zu treten.

Einheit unter den Nationalitäten

Von einer chinesischen Journalistengruppe

Im „Museum des 25. Mai" in Belgrad stach uns eine glitzende Fackel ins Auge, die aus Tausenden von Metern Silberfaden gewoben war. Dieses Kunstwerk symbolisiert die Liebe und Verehrung aller Nationalitäten für Präsident Tito und ihre Geschlossenheit.

Im Frühjahr 1970 veranstalteten Jugendliche, ausgewählt aus den verschiedenen Nationalitäten, mit dieser Fackel einen nationalen Staffellauf. Am 25. Mai, dem Geburtstag des Präsidenten Tito, wurde sie ihm überreicht. Außerdem sahen wir in diesem Museum noch viele Geschenke des jugoslawischen Volkes — von den Kriegsjahren bis heute — für seinen Präsidenten.

Seit Ende des II. Weltkriegs verfolgt der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) mit Präsident Tito an der Spitze eine Politik der nationalen Gleichberechtigung und Einheit. Alle Nation[illegible]

Die unterentwickelten Republiken müssen schnell aufholen

Jugoslawische Staatsführer unterstrichen, daß die politische Gleichberechtigung durch die wirtschaftliche Gleichberechtigung ergänzt werden müsse. Auf dem X. Parteitag des BdKJ 1974 stellte Präsident Tito fest, die beschleunigte Entwicklung der rückständigen Republiken und besonders der autonomen Provinz Kossowo sei „eine wichtige Bedingung für die Verwirklichung der wahren Gleichberechtigung der verschiedenen Nationalitäten unserer sozialistischen Gemeinschaft".





Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Renault-Frankreich

„Dies ist nur ein Anfang. . .“

Cléon ist ein kleiner Ort in der Normandie, nahe der Großstadt Rouen. Hier steht eines der Werke des staatlichen Autokonzerns Renault. In den ersten Stunden des 10. Juni herrscht eine seltsame Betriebsamkeit in den Straßen von Cléon: Eine ganze Kolonne von Bussen nähert sich der Fabrik. Es sind Mannschaftswagen der CRS, der berüchtigten französischen Bürgerkriegstruppe, die im Schutze der Nacht zu ihrem Einsatzort fahren. Ihr Ziel ist Renault-Cléon, der Betrieb, der seit dem 2. Juni von den Arbeitern besetzt wird.



Renault-Werke in Flins: Die Arbeiter haben das Preßwerk besetzt.

Drahtverhaue an den Toren, Arbeiter-Patrouillen zu Fuß und per Fahrrad, auf dem Rasen vor den Hallen eine richtige kleine Zeltstadt, in der die Besetzer leben: so sieht es in diesen Tagen bei Renault aus. Um Punkt zwei Uhr in der Nacht haben die CRS-Truppen — rund tausend Mann sind es einschließlich der Verstärkung durch die Gendarmerie — das Werk erreicht. In voller Kampfausrüstung, ja sogar mit Gewehren über der Schulter, stürmen sie in die Hallen. Die Verhaue werden weggerissen, die Arbeiter eingekreist. Gegen diese erdrückende Übermacht der bewaffneten Truppen des Kapitals können die Kollegen von Renault das Werk nicht verteidigen. Sie ziehen sich zurück, mit dem Gesang der „Internationale“.

Ihr Kampf aber ist auch durch diesen brutalen Bürgerkriegseinsatz nicht erstickt worden. Begonnen hatte dieser Kampf schon in den letzten Mai-Wochen. Während der Lohnverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Renault-Bossen war es immer wieder zu spontanen Aktionen gekommen: Arbeitsniederlegungen, Versammlungen und Demonstrationen auf dem Werksgelände. Am 1. Juni schließlich müssen die revisionistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen dem Druck dieser Aktionen nachgeben und eine Streikabstimmung durchführen. Die überwältigende Mehrheit der Kollegen stimmt für Streik. Nach dem Willen der Bonzen soll es nur eine begrenzte Kampfaktion sein. Aber die Arbeiter beginnen die Besetzung des Betriebes vorzubereiten. Am nächsten Tag schon wird ein Versuch der Geschäftsleitung, in das Werk einzudringen, zurückgeschlagen.

Und Cléon steht nicht allein. Auch im Renault-Werk Flins bei Paris (20.000 Beschäftigte) hat sich der Kampf zugespitzt. Im Preßwerk werden einem Kollegen wegen einer Verspätung zwei volle Tageslöhne gestrichen. Die Antwort der Arbeiter in dieser Abteilung: das Preßwerk wird besetzt. Nichts läuft mehr in Flins. Die Renault-Bosse sehen die Produktion ihres neuen Verkaufsschlagers, des R 18, gefährdet. Um den Streik zu brechen, verhängen sie die Aussperrung in Flins. Aber sie erreichen nur das Gegenteil. Die Besetzung des Preßwerkes wird aufrechterhalten, und auch in den anderen Renault-Werken entwickeln sich Streikkämpfe.

Die Arbeiter stellen ihre Forderungen. Einige der wichtigsten sind: 300 Francs (ca. 150 DM) mehr Lohn, mindestens 3.000 im Monat; Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Einstufung in höhere Lohngruppen, mehr Urlaub und Senkung des Rentenalters. Das ist ihre Antwort auf die Angriffe der Bourgeoisie und ihrer Regierung, die sich in den letzten Monaten verschärft haben. Die Lohnschreiber des Kapitals beginnen eine Haß-Kampagne gegen die Renault-Arbeiter. Hier nur ein Beispiel: Der „France Soir“ hetzt gegen die Streikenden von Flins. „Sie würden nicht zögern, zu töten, dessen bin ich sicher. Sie sind von der Art der Baader-Bande.“ Und die Gewerkschaftsbonzen reihen sich ein, indem sie die Kämpfe als das Werk von Minderheiten diffamieren.

Es bleibt nicht bei der Hetze. Die Bourgeoisie will den Streik schnell und mit allen Mitteln brechen. Bei Renault hatte es schon einmal angefangen, damals im Mai '68, als ein revolutionärer Sturm über Frankreich hinwegging. Cléon war damals der erste von Hunderten Betrieben, der von den Arbeitern besetzt wurde. Und auch heute fürchten die Herren, daß Renault wieder das Signal geben könnte für breite Kämpfe der Werktätigen. Am 6. Juni lassen sie die CRS in Flins einmarschieren, einige Tage später dann in Cléon. Aber am 6. sind es 70.000 Arbeiter, die in ganz Frankreich aus Protest die Arbeit niederlegen.

Und auch nach dem Überfall auf Cléon nimmt der Kampf einen neuen Aufschwung. Am letzten Montag standen in diesem Betrieb nahezu alle Bänder still. Tausende Arbeiter demonstrierten durch die Hallen. Sie riefen „CRS — raus aus dem Betrieb!“ Und sie riefen die Parole von 1968: „Dies ist nur ein Anfang — setzen wir den Kampf fort!“ Am nächsten Tag ruhte für Stunden die Arbeit in allen Renault-Werken des Landes. In Rouen führen Arbeiter verschiedener Branchen eine machtvolle Protestdemonstration gegen den CRS-Überfall durch. Und in Brest — der Hauptstadt der Bretagne — beginnen an diesem Tag 8.000 Arbeiter des Arsenals mit der Besetzung ihres Betriebes.

Die Kämpfe der vergangenen Wochen zeigten nicht nur, daß die französische Arbeiterklasse nicht bereit ist, gegenüber den Angriffen der Bourgeoisie in der Krise stillzuhalten. Sie haben auch ihre besondere Bedeutung vor dem Hintergrund der Parlamentswahlen im März. Die revisionistischen und sozialdemokratischen Verräter-Parteien hatten alles unternommen, um die Werktätigen vom Kampf abzuhalten, sie vollständig auf die Wahlen zu orientieren und ihre Forderungen mit dem Hinweis abzutun: „Wartet nur, nach dem Sieg der Linksunion wird alles besser.“ Aber bekanntlich wurde es kein Sieg, sondern eine Niederlage. Und die bürgerlichen Wahlanalytiker und andere „Experten“ gaben unverhohlen der Hoffnung Ausdruck, daß jetzt — auf einen Wahlsieg der Linksunion orientiert — die französische Arbeiterklasse für lange Monate in Resignation verfallen würde. Durch diese Rechnung haben die Renault-Arbeiter einen dicken Strich gezogen. Sie haben gezeigt, daß die klassenbewußten Arbeiter Frankreichs nicht auf die Wahlversprechungen der Revisionisten und Sozialdemokraten, sondern auf ihre eigene Kampfkraft vertrauen.

Lissabon/Portugal

Junger Kommunist von der Polizei ermordet

10. Juni. Unter dem Denkmal des Dichters Camoes im Zentrum von Lissabon rotten sich über hundert Faschisten zusammen. Die Hände fliegen hoch zum Nazi-Gruß. Hetzparolen werden laut gegen den Kommunismus, gegen die Völker der ehemaligen portugiesischen Kolonien. In aller Öffentlichkeit feiern die braunen Banditen das am 25. April 1974 gestürzte faschistische Regime. Aber die Werktätigen von Lissabon sind wachsam. Antifaschisten haben sich eingefunden am Ort dieser Provokation, darunter viele Genossen der KP Portugals (Wiederaufgebaut), ihres Jugendverbandes und der UDP.

Angetreten ist auch die Polizei, die unter dem Kommando der sozialdemokratischen Soares-Regierung steht. Angetreten, um die Provokation der Faschisten zu unterbinden? Um die Verherrlichung der gestürzten Diktatur zu verbieten, wie die portugiesische Verfassung es vorschreibt? Nein, die Polizei-Einheiten machen Front gegen die Antifaschisten. Und dann geschieht es: Als sich die Demonstranten den braunen Banden in den Weg stellen, eröffnet die Polizei das Feuer. Mit ihren automatischen Waffen halten sie auf die Antifaschisten. Mehrere brechen unter dem Feuer zusammen, zum Teil schwer verwundet. Für den Studenten Jose Morais gibt es keine Rettung mehr. Er ist tot. Ermordet von den Schergen eines Regimes, das sich demokratisch nennt, eines Regimes, das das Blut der Werktätigen vergießt, um die Faschisten vor ihrem Zorn zu schützen.



Genosse Jorge Morais, Medizinstudent, von der Polizei ermordet.

Der Genosse Jose war Mitglied des Revolutionären Kommunistischen Jugendverbandes und Aktivist der UDP. Beide Organisationen begannen nach seiner Ermordung, unterstützt von den Genossen der Partei, eine breite Protestkampagne gegen das Blutbad vom 10. Juni. Und der staatliche Terror geht weiter. Regierungschef Soares nennt im Parlament die Ermordung Joses zynisch einen Preis der Demokratie. Seine Polizisten schwärmen aus, um im ganzen Land die von den Genossen geklebten Plakate von den Wänden zu reißen. Und wieder fallen Schüsse aus Polizeiwaffen, Schüsse auf Plakatkleber. Die Bourgeoisie will verhindern, daß die Wahrheit über das Blutbad bekannt wird, will mit allen Mitteln ihre Lügen verbreiten, wonach die Polizei in Lissabon nur in die Luft (!) geschossen hätte. Aber schon am 10. Juni hatte eine der Verletzten im Krankenhaus folgenden Dialog gehört: „Das ist eine Pistolenkugel“, sagte ein Arzt. „Nein, Kollege“, berichtigte ihn ein anderer, „sieh es dir genau an. Diese Kugel stammt aus einem G3. Die ist von der Polizei!“



Professor Jorge Falcato Simoes, schwerverletzt durch einen Schuß.

Ein neuer Höhepunkt des Terrors: vor dem Sitz der UDP in Lissabon tauchen mehrere Dutzend Polizeiagenten auf. Sie beginnen damit, die Plakate am Haus abzukratzen. Auf die Proteste der Genossen werden in einer Blitzaktion zwölf von ihnen verhaftet, darunter auch Mitglieder des ZK der UDP. Unmittelbar darauf werden sie dem Haftrichter vorgeführt, wird ihnen der Prozeß gemacht. Über den Ausgang war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt.

Am 13. Juni versammeln sich Tausende Werktätige in Lissabon. In einem kilometerlangen Trauerzug geben sie dem Genossen Jose Jorge Morais das letzte Geleit. Auf der Lissaboner Werft LISNAVE erheben sich bei einer Abteilungsversammlung 500 Arbeiter zu einer Schweigeminute. Der Mord an Jose hat unter den Werktätigen des Landes Erschütterung und Empörung ausgelöst. Er hat ihren Haß gegen das Regime in Lissabon gestärkt, das unter dem Deckmantel der Demokratie die Errungenschaften des 25. April rückgängig macht und immer offener die Faschisierung vorantreibt.

Thailands Patrioten

Erfolgreicher Kampf gegen die reaktionäre Armee

Die Aktionen der thailändischen Patrioten fügen den reaktionären Streitkräften des Regimes immer spürbarere Verluste zu. So wird jetzt gemeldet, daß die Patrioten Anfang Juni mehrere militärische Stützpunkte der thailändischen Armee angegriffen haben. Außerdem sprengten sie eine wichtige strategische Brücke der Feinde in die Luft und setzten bei ihren Operationen zahlreiche Soldaten der reaktionären Armee außer Gefecht.

Das thailändische Volk kämpft schon seit langem mit dem Gewehr in der Hand gegen das faschistische Regime, welches das Land unterdrückt und gegen die USA-Imperialisten, die die eigentlichen Herren in Thailand sind. Dieser Kampf, die wachsenden Erfolge, die die Patrioten erringen, haben das Regime und seinen imperialistischen Oberherren in Alarmzustand versetzt, und sie versuchen alles, um den Kampf zu ersticken. Die regierende Clique hat eine ganze Armee ausgerüstet mit den modernsten Flugzeugen und Panzern, gegen die Patrioten in Marsch gesetzt. Jedoch ohne Erfolg. Außerdem verbindet sie sich immer enger mit den anderen reaktionären Regimes dieses Raums, entweder über den ASEAN-Pakt oder unabhängig davon. So haben die Regierungen von Thailand und Malaysia erst kürzlich beschlossen, gemeinsame Militäreinheiten aufzustellen, die gegen die Patrioten im Süden Thailands eingesetzt werden sollen.

Auch der USA-Imperialismus setzt alle Hebel in Bewegung, um den Kampf der Patrioten zu unterdrücken. Aus Washington ergießt sich ständig ein breiter Strom von Waffen und Dollars an das Regime. Von den sieben amerikanischen Luftwaffenstützpunkten aus werden die Patrioten bombardiert, und amerikanische Antiguerilla-Spezialisten beraten die thailändische Armee.

Das thailändische Volk läßt sich jedoch nicht einschüchtern und setzt seinen Kampf fort. Dieser Kampf richtet sich gegen das reaktionäre einheimische Regime und gleichzeitig auch gegen den amerikanischen Imperialismus, der in Thailand, wie überall auf der Welt, als geschworener Feind der Freiheit und Unabhängigkeit auftritt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



WM-Schlaglichter

Großmaul Huberty

Ernst Huberty, Starreporter der ARD in Argentinien, Großverdiener und unter anderem auch Kommentator der „Funk-Uhr", nahm den Mund ganz schön voll. Allerdings vor dem Spiel Tunesien gegen die Bundesrepublik. Einen „Witz", so nannte er die Teilnahme Tunesiens am WM-Turnier. Und sogar: „Ich glaube, daß viele dieser Lehrlinge geschockt nach Hause gefahren sind." Hochmut, chauvinistischer Hochmut, kommt vor dem Fall, kann man da nur sagen. Wer das Spiel der Tunesier gegen die Bundesrepublik im Fernsehen gesehen hat, der fragt sich, wer hier wohl „geschockt" vom Platz gegangen ist. Die tunesische Mannschaft sicher nicht.

Es ist doch ein Witz, daß zum Beispiel England oder die Sowjetunion nur Zuschauer sind, während unser Gegner Tunesien als Sieger der Afrika-Zone mitmachen darf.

Aber ob der gute Wille allein in Argentinien ausreicht? Ich bleibe dabei: Einen Gefallen tut man den „Kleinen" nicht, wenn man sie den „Großen" zum Fraß vorwirft. Und dem Fußballsport allgemein auch nicht ...

Verschwunden

Wir haben bereits berichtet, daß am Tag der Eröffnung der Weltmeisterschaft Hunderte von Werktätigen — vor allem Frauen — auf die Straße gegangen sind, um gegen das Regime zu protestieren. Es handelte sich um Angehörige von „Verschwundenen", von Gefangenen, die in den Kerkern der Junta zu Tode gefoltert worden sind. Wie jetzt bekannt wurde, gehen die Demonstrationen weiter. Jeden Nachmittag treffen sich vor allem Frauen in der Innenstadt von Buenos Aires zu Kundgebungen.

Inzwischen wurde auch bekannt, daß die argentinische Journalistin Beatriz Wieland zu den Verschwundenen zählt. Wie ihr Bruder berichtet, ist sie seit dem 30. Mai von niemandem mehr gesehen worden. Beatriz Wieland war zuletzt im Gefängnis von Cordoba, das der direkten Kontrolle der Militärjunta untersteht, eingekerkert gewesen.

Auf Kosten der Werktätigen

1,5 Milliarden DM haben die argentinischen Faschisten bislang für die Weltmeisterschaft ausgegeben, Kosten, die sie voll auf die Werktätigen abwälzen. So hat man zum Beispiel die Sozialausgaben drakonisch gekürzt und eines der größten Krankenhäuser von Buenos Aires geschlossen. Und Ende Juni planen die Generäle — die sich übrigens wie Videla immer in dezentes Zivil werfen, wenn sie eines der Spiele besuchen — einen neuen Angriff. Dann wird nämlich die staatliche Kontrolle der Wohnungsmieten aufgehoben. Ein rasantes Steigen der Mieten wird die Folge sein. Schon jetzt schätzt man, daß allein in Buenos Aires 150.000 Familien die neuen Mietpreise nicht werden aufbringen können.

„Buenos Dias, Argentina" ...

...ist bekanntlich der Titel einer Langspielplatte von Udo Jürgens und Mitgliedern der Mannschaft der Bundesrepublik. Für welche perfiden Zwecke die Junta diese Platte einsetzt, wurde jetzt bekannt. Sie läßt sie nämlich in den Gefängnissen abspielen, um vor allem die politischen Gefangenen mit diesem Loblied auf Argentinien zu quälen.

Siegesfeiern und Lieder gegen die Junta

Wir alle kennen inzwischen aus dem Fernsehen, wie die Fußballfans in Argentinien die Siege ihrer Mannschaft feiern. Fast jedesmal kommt es dabei allerdings auch zu einer politischen Demonstration gegen das faschistische Regime. So war es auch nach dem 2:0 gewonnenen Spiel gegen Polen. Unter den Liedern, die an diesem Abend in Buenos Aires zu hören waren, waren auch Protestlieder gegen die Junta. Sie wurden gesungen, obwohl sie verboten sind.

Internationales Faschistentreffen

Das Endspiel der diesjährigen Fußballweltmeisterschaft wird offenbar zu einem internationalen Faschistentreffen. Schon jetzt haben sich die Staatschefs von Argentinien, Bolivien, Paraguay und Uruguay angesagt — allesamt vielfache Massenmörder. Fehlen in dieser Runde nur noch der Henker Pinochet aus Chile und der brasilianische Diktator Geisel. Für die Fußballfreunde in aller Welt ist diese Versammlung von Faschisten eine unerhörte Provokation.

DFB-Chef spielt foul

DFB-Chef Neuberger hat wieder einmal von sich reden gemacht. Dieser Mann ist nicht nur wegen seiner Sympathie für die faschistischen Regimes und seine Arroganz bekannt. Er ist offenbar auch einer derjenigen, die glauben, daß der Ball springt, weil ein Frosch darin sitzt. Nach dem Spiel gegen Tunesien hat er jedenfalls vernehmen lassen, die bundesrepublikanische Mannschaft trainiere zu wenig, und außerdem seien mindestens zwei Spieler dabei, von denen er bereits vorher gesagt habe, daß sie „Stunk machen". Die Äußerungen Neubergers haben verständlicherweise bei den Spielern Empörung hervorgerufen. Neuberger, der vor dem Spiel gegen Italien allen, die es hören wollten, seine Äußerungen bestätigte, zog sich nach dem glücklichen Ausgang des Spiels so aus der Affäre, wie man das von Herren dieser Art gewöhnt ist: Er ließ dementieren, alles sei ganz anders gemeint gewesen...

Otto von Habsburg

Seine Hoheit, der Faschist

Die bayrische Regierung hat dem Sohn des gestürzten österreichischen Kaisers, Otto von Habsburg, die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. Dies ist kein Gnadenakt für einen abgehalfterten Lippizaner-Liebhaber, sondern ein offenes Angebot an diesen aktiven Monarchofaschisten, nun auch in der Bundesrepublik sein erzreaktionäres Gift zu verbreiten. Wie verhaßt dieser Habsburg unter den österreichischen Werktätigen ist, zeigt schon die Tatsache, daß noch 1966 etwa 250.000 Arbeiter gegen einen Besuch der „Majestät" in der Republik Österreich streikten.

Habsburg ist Vorsitzender der „Paneuropa-Union". Er soll bei den Europawahlen für die CSU kandidieren. Diese „europäische Bewegung" ist ein Sammelbecken für Reaktionäre, Faschisten und Revanchisten aller Art. Vorsitzender der deutschen PEU-Sektion ist beispielsweise der frühere CDU-Bundesminister von Merkatz, bewährter Verfechter des „Führerstaats". Nachzulesen in seiner Dissertation aus dem Jahre 1935. Mitglied der PEU sind: ZDF-Löwenthal und William S. Schlamm, die Schmutzschleuder aus „Bild" und „Welt". In der PEU-Zeitschrift „Freies Europa" schreiben neben Franz Josef Strauß solch offene Nazis wie Peter Dehoust, langjähriges Mitglied im NPD-Landesvorstand Bayern.

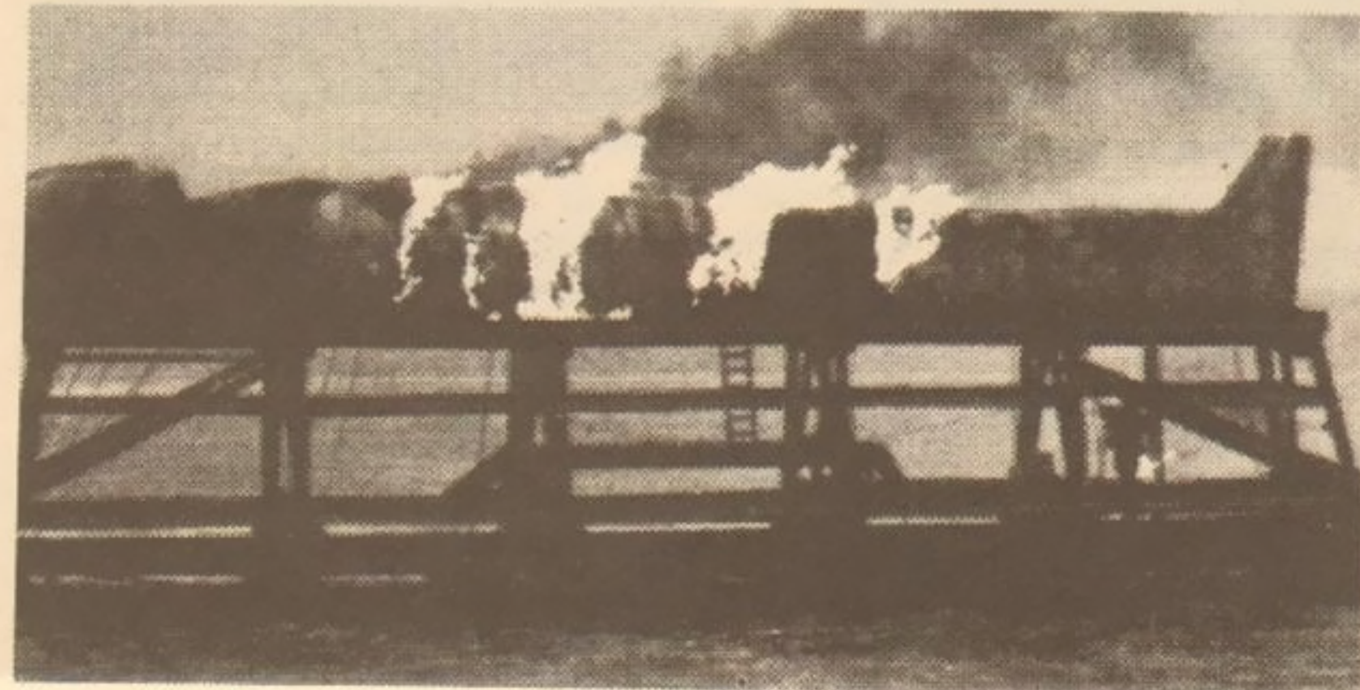
Entsprechend ist der faschistische Sumpf unter den ausländischen „Freunden" der PEU: etwa Manuel Fraga Iribarne von der spanischen Faschistenorganisation „Alianza Popular" oder Senator Tedeschi von der italienischen „Demokrazia Nazionale", einer Abspaltung der neofaschistischen MSI. Sie alle vereint das Streben nach einem „geeinten Europa", wie Hitler es vorexerziert hat. Die „Einheit" unter dem Militärstiefel, die „Einheit" des Terrors gegen die Werktätigen, gegen den Kommunismus.

Von Habsburg hat seinen Traum von einer neuen faschistischen Diktatur in der Bundesrepublik bereits in William S. Schlamms „Zeitbühne" geäußert. Sein Vorschlag „für die herannahende Stunde der Krise": „Alle Macht, ohne Verzug, wird auf neun Monate an eine einzige Person übertragen. Dieser Mann sollte, nur für die Zeit des Notstandes, das Recht haben, sämtliche Gesetze zu suspendieren und alle Maßnahmen zu ergreifen, die für die Erhaltung des Lebens der Bevölkerung notwendig sind... Mit den Staatsnotstand tritt er automatisch an die Stelle des Kanzlers."

Also offene Propaganda für den „Bruch der Verfassung"! Es ist bezeichnend, daß diejenigen, die sich gewöhnlich als die „Hüter der Verfassung und des Grundgesetzes" aufspielen, keine Bedenken haben, diesem Monarcho-Faschisten und Diktatur-Propagandisten die deutsche Staatsbürgerschaft zu verleihen. Denn dieser Faschist mit Adelsprädikat paßt nur zu gut in die Galerie der Bonner Politiker, die seit längerem die Faschisierung vorantreiben und ein neues '33 anstreben!

Pharaos letzte Reise ...

Ein 32 Meter langes Holzfloß, darauf, auf einem Katafalk, eine 20 Meter große Mumie — „der Pharao auf seiner letzten Reise". Dieses seltsame Schauspiel konnte das staunende Publikum unlängst auf dem Rhein beobachten. Ein Werbegag? Mitnichten. Hier ging es um Höheres, um ein Kunstwerk nämlich. Die Arbeit eines „Besessenen", so nannte der offensichtlich schwer beeindruckte Reporter des „Stern" das 120.000 DM Machwerk. Wohl eher die Arbeit eines Scharlatans, verwirklicht durch die Hilfe der Bundeswehr (sie baute das Floß) und auf die Reise gebracht unter Mitwirkung eines Anwalts des faschistischen Massenmörders Eichmann.



Jedenfalls, am Ende der Reise wurde das „Kunstwerk" in Rotterdam auf offener See verbrannt.

Frage: Hätte man auf diesen Gedanken nicht auch schon vorher kommen können?

Atomkraftwerk Biblis

Risse in der Betonkuppel



Im Reaktor-Kuppelbau des Atomkraftwerks Biblis sind kürzlich bei einer Inspektion mehrere Zentimeter lange und einige Millimeter tiefe Risse im Beton festgestellt worden. Ein Skandal, der deutlich zeigt, wie es tatsächlich um die vielbeschworene Sicherheit der Atomkraftwerke bestellt ist.

Ganz anders sehen es jedoch die Kapitalisten von der RWE und das hessische Ministerium für Wirtschaft und Technik. Für sie ist das keine Beeinträchtigung der Sicherheit. Ja, sie haben sogar erklärt, es handele sich um einen „völlig normalen und erwarteten (!) Vorgang". Kann man deutlicher demonstrieren, daß den Kapitalisten und den bürgerlichen Politikern der Profit tausendmal wichtiger ist als die Sicherheit der Werktätigen?

Bild links: Die Risse von mehreren Zentimetern Länge im Reaktorbau werden „ausgebessert": Mit ein bißchen Gips gegen die Gefahr radioaktiver Strahlung?

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** (Hamborn), Buchladen „Roter Morgen", Alleestr. 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet Mo-Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen Klartext, Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10-12 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9-13 u. 15-18, Do 9-13 u. 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124 geöffnet: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Di, Do, Fr, 16.30-18.30

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengel-Str. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.